

ZWISCHENKRIEGSZEIT

Kontinuitäten – Diskontinuitäten: Die Zeit der Ersten Republik

Die Siegermächte hatten im Vertrag von St. Germain ein Anschlussverbot diktiert, aus der „Republik Deutsch-Österreich“, wie sie bei der Gründung ausgerufen wurde, entstand nun die Republik Österreich. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass auch in der Zwischenkriegszeit, ungeachtet der Veränderung in der Namensgebung, ungeachtet des Anschlussverbots und unabhängig von der Veränderung der politischen Machtverhältnisse im offiziellen städtischen Selbstverständnis der „deutsche Charakter“ der Stadt Linz nach wie vor besonders betont wurde. Diese Kontinuität im Selbstverständnis kam etwa im Gemeindestatut von 1920 zum Tragen, nach dem Personen, denen das Gemeindebürgerrecht von Linz verliehen wurde, in die Hand des Bürgermeisters das Gelöbnis abzulegen hatten, dass sie „den deutschen Charakter der Stadt Linz jederzeit wahren, das Beste der Gemeinde fördern und jeden Schaden von Linz nach besten Kräften hintanhaltend wollen.“²¹⁹ Das Gemeindestatut von 1931 enthielt folgende Eidesformel, die für alle Gemeinderatsmitglieder verpflichtend war: „Die Gesetze der Republik Österreich gewissenhaft beobachten, den deutschen Charakter der Stadt Linz wahren und ihr die Treue halten“²²⁰. 1935 schrieb die Gelöbnisformel den Mitgliedern des Gemeindefrats nunmehr vor, „dem Vaterland die Treue zu halten, die Gesetze und Verordnungen des Bundes und Landes zu beobachten, sein Amt uneigennützig und unparteiisch und mit voller Hingabe auszuüben“ und „das deutsche Wesen der Stadt jederzeit zu wahren“.²²¹ Ab dem *Fin de Siècle* bis zum „Anschluss“ war also im Rahmen des Staates Österreich das „Deutschtum“, das öffentliche Bekenntnis zu einer deutschen Identität in kulturellem Sinn in Linz bereits zu einem zentralen Bestandteil der städtischen Identität geworden.

In Linz sollte die Frage der „deutschen“ Identität über die 1920er und verstärkt dann wiederum in den 1930er Jahren in Hinblick auf die Heimatrechtsverleihungen eine Rolle spielen. Diese führten bei jüdischen oder tschechischen Bewerbern fallweise zu regelrechten Debatten. Besonders betraf dies jene Fälle, als es um Bewerber ging, die aus Galizien und Bukowina stammten. 1924 führte dies zu einem regelrechten Tumult im Gemeinderat. Im Prinzip ging es bei dieser schon länger anhaltenden Debatte bestimmten politischen Kräften darum, die vollständige rechtliche Gleichberechtigung jüdischer Staatsbürger, die erst 1867 eingeführt worden war, zumindest partiell wieder zu revidieren. Um nochmals darauf hinzuweisen: Exponenten aus Oberösterreich spielten bei diesem Unterfangen durchaus eine Rolle wie etwa der deutschnationale Reichsratsabgeordnete Carl Beurle aus Linz, der schon während der 1880er Jahre eine Vorgangsweise analog dem US-amerikanischen „Chinese Exclusion Act“ forderte und als „Chinesen“ Österreichs die jüdische Bevölkerung aus Galizien festmachte. Ein „Auszug“, das heißt eine Abschiebung jüdischer Zuwanderer wurde, wie erwähnt, sogar vom deutschnationalen Linzer Bürgermeister um 1910 befürwortet ebenso wie von anderen



Kriegsgefangenenlager an der Wiener Straße, Poschachergründe, im Ersten Weltkrieg (1915). Die friedlichen Bilder kollidieren mit der Realität. Insgesamt wurden russische und serbische Kriegsgefangene sowie internierte Italiener in Oberösterreich oftmals nicht in der Weise behandelt, wie es den internationalen Vereinbarungen entsprach.

Gemeinderatsmitgliedern. Auch den Christlichsozialen nahe stehende und dem Katholizismus verpflichtete Medien hatten Ähnliches publiziert.²²² Innerhalb Österreichs wurde zu dieser Zeit auch die Monopolstellung Wiens in Frage gestellt. Die ehemalige Residenz eines Riesenreiches war nunmehr als Zweimillionenstadt Hauptstadt eines Kleinstaats und erschien als „Wasserkopf“. In dieser Stadt lebten hunderttausende Einwohner slawischer oder jüdischer Herkunft. Ernst Hanisch spricht von einem regelrechten „Aufstand“ der Provinz gegen die Metropole, gegen das „rote“, gegen das „jüdische“ Wien in den ersten Nachkriegsjahren.²²³

Der Großteil der Entscheidungen hinsichtlich des Heimatrechts wurde in den 1920er Jahren konsensual gefällt. Auffällig ist, dass die sozialdemokratische Mehrheit mit dem Thema eher permissiv umging und mehrfach vorschlug, mittellosen Heimatrechtswerber die Gebühren zu erlassen; dem stimmten meist die anderen Parteien zu. Anders verhielt es sich, wenn ein jüdischer oder tschechischer Familienhintergrund vermutet wurde oder vorlag. Christlichsoziale und Großdeutsche hatten sich im Linzer Gemeinderat fallweise darauf geeinigt, jüdische Bewerber in ihren Ansuchen um das Linzer Heimatrecht zu blockieren.²²⁴ Am 12. Dezember 1924 jedoch wurde beispielsweise in einer vertraulichen Sitzung des Gemeinderats das Ansuchen des Hausierers Samuel Beranek, heimatberechtigt in Deutsch-Brod (Ostböhmen), um Verleihung des Heimatrechts abgewiesen. Danach wurde das Ansuchen des Max Reichhardt recte Sinnreich behandelt.²²⁵ Dieser wurde 1898 in Czernowitz geboren, der Hauptstadt des Kronlandes Bukowina (heute in der Ukraine gelegen, in der Zwischenkriegszeit in Rumänien, davor in der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie, MJ). Er war am Landestheater in Linz beschäftigt und wirkte als Obmann der Lokalorganisation der Bühnengehörigen Linz.²²⁶

In seinem Ansuchen machte Reichhardt Feststellungen, die auch die konkreten persönlichen Schwierigkeiten dokumentieren, die mit der Neuziehung der Grenzen in Europa verbunden waren: „Ich bin dermalen nach Czernowitz zuständig. [...] Ich bin also Österreicher und nur infolge der nach dem Umsturz eingetretenen Verhältnisse wider meinem Willen dieses Bundesbürgerrechts verlustig erklärt und formell als rumänischer Bundesangehöriger angesehen worden. Ich [habe] in Czernowitz die deutsche Schule besucht und [absolvierte] mit Rücksicht auf meinen Beruf als Schauspieler meine Studien an deutschen Instituten und [bin] auch seither in Ausübung meines Berufes nur an deutschen Bühnen tätig gewesen. [...] Mein im Jahre 1921 eingebrachtes Optionsgesuch wurde mit der bekannten Begründung abgewiesen, dass ich den Nachweis der Zugehörigkeit ‚zur deutschen Rasse und Sprache‘ nicht nachgewiesen habe, obzwar ich, wie bereits erwähnt, niemals eine andere Sprache beherrscht habe.“²²⁷ Es ging bei der Debatte um Reichhardts Ansuchen tatsächlich darum, dass der Bewerber Jude war. Der Referent des Gemeinderats in dieser Angelegenheit, GR Scherbantin, merkte in der Sache auch an, dass „dem Antragsteller nur das eine nachgesagt werden kann, dass er nicht katholischer Konfession ist.“ Der Antrag, Reichhardt in den Gemeindeverband aufzunehmen, wurde schließlich mit 29 zu 27 Stimmen abgelehnt, die sozialdemokratische Fraktion war überstimmt worden. Im Anschluss an die Kampfabstimmung kam es zu einem Tu-

mult.²²⁸ Auch weitere Bewerber um das Heimatrecht wie der jüdische Unternehmer Emil Fränkel waren zu dieser Zeit mit Ablehnungen im Gemeinderat konfrontiert. Fränkel stammte aus Lemberg/Lviv, hatte eine Familie gegründet und lebte in Linz seit 1916. Er betrieb eine Spirituosenfabrik und galt als ausgeprägter österreichischer Patriot.²²⁹ Die Sozialdemokratische Partei, die die ausgrenzungsorientierte Auslegung des „Rasseparagrafen“ ablehnte, verfügte von 1919 bis 1934 über den Bürgermeister der Stadt Linz, ebenso wie über die absolute Mehrheit der Wählerstimmen – mit Ausnahme der Jahre 1923 bis 1927, und in diese Jahre fielen Heimatrechtsentscheidungen wie in den Fällen Beranek, Reichhardt und Fränkel.

Bereits 1922 hatte das nationale Lager – ungeachtet der Machteinbußen durch das neue, von Gleichheit geprägte Wahlrecht – Präsenz und Stärke demonstriert. Die Stadt Linz war 1922 Schauplatz des Deutschen Bundesturnfests, eines gemeinsamen Großereignisses der Deutschnationalen Österreichs, Deutschlands (Deutsches Reich), der Tschechoslowakei und des Elsass (Alsace, Frankreich).²³⁰ Es gab ein riesiges Sportprogramm vom Bergsteigen bis zum Rudern, von Vorführungen der Turner bis zu Mannschaftskämpfen wie Eilbotenlauf und Tauziehen. Auf dem Hauptplatz traf man sich zur abendlichen Platzmusik und zu einer nächtlichen Donaufahrt des Kajak-Ruderklubs in 40 beleuchteten Booten. Höhepunkt war der fahnenreiche Festzug der Turner, begleitet von völkischer Marschmusik. Vorbedingung für die Teilnahme am Einzelwettbewerb war für Turner der „Nachweis der völkischen Kenntnisse“. Geprüft wurde die Geschichte des Turnerbunds und des Turnvaters Jahn, der Freiheitskriege von 1813 und 1848, aber auch des Krieges von 1870/71, der das Deutsche Reich begründet hatte. Juden waren beim Turnfest nicht zugelassen, denn es herrschten die Parolen von „Rassereinheit“ und „Volkseinheit“, dazu das Hakenkreuz als Emblem.²³¹

Unter dem Titel „Deutschheit auch im Wirtschaftsleben ist jedes Turners Gebot!“ fand sich im gedruckten „Festführer“ folgender Appell: „Turner, die ihr dem Handel- und Gewerbestande angehört, wisset, dass der Jude eures Volkes hinterhältigster Feind ist. Mit seiner Geldmacht beherrscht Alljuda die Wirtschaft der ganzen Welt; 85 Prozent unseres deutschösterreichischen Volksvermögens wird durch das Großbankentum vom Judentum verwaltet und beherrscht. Dieserart frönt unser Volksvermögen zur Bereicherung unserer Gegner beim Börsenspiel; mit unseren Geldeinlagen erobert das internationale Großbankentum den beherrschenden Einfluss auf deutschen Wirtschaftsfleiß!“²³² Das „gesamtdeutsche“ Turnertreffen stellte eine Machtdemonstration deutschnationalen Gedankenguts speziell in und für Linz dar; das nächste Treffen sollte in München stattfinden. Das Fest fand am 21., 22. und 23. Heumond 1922 statt, also vom 21. bis 23. Juli 1922. Dabei wurde auch Oberösterreich, einst die „Heimat der Taurischer, Bojer und Halaunen“, gepriesen, gelegen an der Donau, „dem alten Nibelungenstrom“, geprägt von der Heimatliebe der Oberösterreicher: „Hoamatland, Hoamatland, / I han di so gern, / Wia a Kindal sei Muadal, / Wia a Hündal sein Herrn ...“, so singt ein sangesfroher Meister Oberösterreichs, heißt es in der offiziellen Publikation zum Turnfest.²³³ Das „ganze Deutschland soll es sein“, heißt es weiter. „Unser 1. Bundesturnen soll in die Trübseligkeit der Gegenwart hellen Sonnenschein und Freude hineintragen, es soll allen,

ob Freund oder Feind, künden, daß auch in der Gegenwart noch Deutsche leben, die für ihr Volk und Vaterland leben und wirken. Das walte Vater Jahn!"²³⁴

Die Gemeinderatswahlen in Linz bestimmten die politischen Mehrheitsverhältnisse und damit auch zu einem bestimmten Grad die Ausrichtung der Migrationspolitik und des gesellschaftlichen Klimas in der Stadt, wenngleich in diesem Bereich der Gesellschaft Landes- und Bundespolitik gleichermaßen eine dominante Rolle spielten. Der Machtverlust des „deutschnationalen Lagers“ nach dem Ende der Kaiserzeit in Linz ist unbestritten, der Status quo ante basierte allerdings auf dem nicht vom Gleichheitsgedanken bestimmten Kurienwahlrecht. Unbestritten ist die grundsätzlich kritische Haltung der deutschnationalen Parteien gegenüber „fremder“ Zuwanderung, wobei in erster Linie slawische und jüdische Zuwanderung gemeint war. Sprachliche und kulturelle Homogenität, eingebettet in die Vorstellung kultureller Superiorität des Deutschtums bildete einen zentralen Bestandteil deutschnationaler Politik in Österreich. Antisemitismus war in diesem Zusammenhang ebenfalls ein zentrales Element in ihren unterschiedlichen Schattierungen, wobei die Nationalsozialisten die aggressivste Variante dieser Politik darstellten. Großdeutsche ebenso wie Nationalsozialisten hatten sich auf einen „Rassenantisemitismus“ festgelegt. Moderater stellte sich die Politik der Christlichsozialen Partei dar, wenngleich sich auch diese als antisemitische Partei verstand. Im „Linzer Programm“ der christlichen Arbeiter Österreichs (1923) wurde etwa festgehalten, „dass die Führer der Arbeiterschaft in Abstammung und Denkart dem bodenständigen christlichen Volk angehören und dass der zersetzende Einfluss des Judentums aus dem Geistes- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes verdrängt werden müsse.“²³⁵

Schließlich wurden antisemitische Äußerungen, die bis hin zu innerparteilichen Konflikten reichten, auch innerhalb der Sozialdemokratie – der einzigen im Gemeinderat vertretenen Partei, in der auch Mandatäre jüdischer Herkunft vertreten waren – zum Ausdruck gebracht. Die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre sollte auch bei sozialdemokratischen Parteimitgliedern ihre Spuren hinterlassen. Offizielle Parteilinie der Sozialdemokratie in relevanten Fragen wurde der Antisemitismus während der Jahre einer demokratischen Ersten Republik jedoch in keiner Weise.²³⁶ In Heimatrechtsbelangen verfolgten nationale und christlichsoziale Parteien ähnliche Positionen gegenüber „Tschechen“ und „Juden“, die Sozialdemokratie agierte demgegenüber vergleichsweise entgegenkommend. Das nationale war mit dem christlichsozialen Lager in Linz auch dadurch verbunden, als es in Opposition zur regierenden Sozialdemokratie stand. 1927 traten sowohl auf Bundesebene als auch bei den Gemeinderatswahlen in Linz nationale Parteien inklusive der Nationalsozialisten und die Christlichsoziale Partei gemeinsam als „Einheitsliste“ an.²³⁷ Sowohl 1927 als auch 1931 errang die Sozialdemokratische Partei deutliche Wahlsiege, konnte diese aber, folgt man der tiefen Untersuchung Kurt Twerasers, nicht in einen Machtgewinn umsetzen. 1931 errangen jene Parteien, die nachhaltig populistisch agierten, einen Ausgrenzungskurs anstrebten bzw. massiv auf „Deutschtum“ ausgerichtet waren (Nationalsozialisten, Nationaler Wirtschaftsblock, Heimatblock), mehr als ein Viertel der Stimmen.²³⁸ Ein deutlich weltoffen ausgerichteter Kurs in Hinblick auf die Thematik Migration und Minderheiten war nach dem Eintritt einer massiven Wirtschafts-

krise ab 1929 realpolitisch keiner größeren Partei ohne Stimmenverluste möglich gewesen.

Tabelle 5: Gemeinderatswahlen in Linz 1913–1931

Partei/Liste	1913		1919		1923		1927		1931	
	%	M*	%	M	%	M	%	M	%	M
Sozialdemokratische Arbeiterpartei	16,7	8	55,3	33	48,6	30	52,7	32	51,0	32
Christlichsoziale	8,3	4	28,1	17	26,3	16			22,7	14
Deutschnationale	75,0	36								
Deutsche Freiheits- und Ordnungspartei			16,6	10						
Großdeutsche Volkspartei					15,7	10				
Nationalsozialisten					7,9	4			6,7	4
Einheitsliste**							47,0	28		
Nationaler Wirtschaftsblock									9,4	5
Heimatblock									9,2	5
Kommunistische Partei					1,5	0	0,3	0	1,1	0

* M = Mandate;

** Einheitsliste aus Christlichsozialen, Großdeutschen und Nationalsozialisten

Quelle: Tweraser, *Gemeinderat 1914–1934*, 220, 241; ders., *Parteiensystem*, 141.

Die lokale, regionale und nationale Herkunft der gewählten Gemeindepolitiker stand in einem feststellbaren Gegensatz zur generellen Bevölkerungsstatistik in Linz. Obgleich deutliche Unterschiede von 1919 bis 1931 feststellbar waren, galt generell: Aus Linz und Urfahr stammende Gemeinderäte waren unterrepräsentiert, aus dem sonstigen Oberösterreich stammende Gemeinderäte waren entsprechend der Bevölkerungszusammensetzung repräsentiert, andere Herkunftsregionen außerhalb Oberösterreichs waren überrepräsentiert. Besonders deutlich wurde dies im Jahr 1919: Im Gegensatz zur Herkunftstatistik der Stadtbevölkerung stammten 16,4 Prozent der Gemeinderäte aus den österreichischen Alpenprovinzen oder aus Wien, 15,1 Prozent aus der Tschechoslowakei (Böhmen, Mähren, Schlesien), 4,1 Prozent aus dem sonstigen Ausland; in Linz oder Urfahr wurde mit lediglich 26 Prozent der Gemeinderäte nur ein niedriger Prozentsatz erreicht, Linzer und Linzerinnen waren deutlich unterrepräsentiert.²³⁹ Diese Prozentsätze sagen etwas darüber aus, wie gut sich zugewanderte Eliten bzw. politisch aktive Personen organisieren konnten bzw. reflektiert dies wohl auch das Manko der Stadt Linz und des Landes Oberösterreich als Ort akademischer Ausbildungsstätten. Mit der praktischen Politik stand die konkrete Politik jedenfalls in keinem direkt interpretierbaren Zu-

sammenhang: Die in Fragen der Zuwanderung tolerantere Politik der Sozialdemokratie koinzidierte mit dem höchsten Prozentsatz an aus Linz und Oberösterreich stammenden Gemeinderäten. Nach der Herkunftsstatistik waren die Nationalsozialisten die am geringsten „bodenständige“ Partei, mit den höchsten Prozentsätzen an Zuwanderern aus dem böhmischen Raum und der übrigen Monarchie. Tweraser weist in diesem Zusammenhang auf Folgendes hin: „Die Diskrepanz zwischen der Deuschtümelei der Nationalsozialisten und ihrer nichtexistenten Bodenständigkeit lieferte den Sozialdemokraten und Christlichsozialen willkommene Argumente im politischen Meinungsstreit“²⁴⁰.

Die städtische Bevölkerungsentwicklung 1920–1934

Die demographischen Gegebenheiten, soweit sie durch die Volkszählungen 1920 und 1923 und die laufenden Daten des Statistischen Amtes der Stadt Linz dargestellt wurden, ebenso wie die wirtschaftliche Entwicklung der 1920er Jahre, gaben vorerst den politisch Verantwortlichen ebenso wie der sogenannten „einheimischen“ Bevölkerung keinen Anlass, mit besonderen Formen der Ausgrenzung auf Zuwanderer zu reagieren. Insgesamt hatten Zahl und Prozentanteil der gebürtigen Oberösterreicher in der Stadt Linz zugenommen. Die Stadt Linz war gegenüber 1910 deutlich gewachsen. 1919 hatte man die Stadt Urfahr eingemeindet, 1923 den Ort Kleinmünchen, dies geschah allerdings erst nach der Volkszählung. Die Stadtverwaltung war ebenso wie die städtische Infrastruktur im Begriff, modernisiert zu werden. Nur wenige Jahre nach massiven Plünderungen kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs erlebte die Wirtschaft eine Art Nachkriegsboom, dazu benötigte man auch unternehmerischen Elan und administrativ-organisatorische Fähigkeiten. Die Zahl der jüdischen Bevölkerung erreichte damals einen Höchststand, lag mit 931 Personen aber unter 1 Prozent der Gesamtbevölkerung.²⁴¹

Tatsächlich lebte in Linz damals eine Reihe von Familien, die aus Galizien und der Bukowina stammten, diese waren als Flüchtlinge während des Ersten Weltkriegs auf ihrer Flucht vor feindlichen russischen Soldaten auf der Basis staatlicher Lenkungsmaßnahmen in Oberösterreich, besonders im Raum Linz, angesiedelt worden.²⁴² Durch die Eingemeindungen, die aus formalen Kriterien heraus die Zahl der in Linz geborenen Bevölkerung erhöhte, durch Abwanderung eines Teils der Zugezogenen sowie durch den Stillstand der Zuwanderung aus dem Ausland nach 1923 veränderte sich die Zusammensetzung der Bevölkerung. Die Kinder der Zuwanderer wurden zu einem hohen Prozentsatz in Linz geboren; eine weitere Möglichkeit war, dass sie nicht in Linz, sondern im jeweiligen Heimatort lebten. Häufig bestand weiterhin eine enge Verbindung der Zuwandererfamilien zur Herkunftsregion.

„Der Böhmerwald war meine zweite Heimat“, erinnert sich Otto Lackinger, geboren 1924: „Ich bin zwar in Linz geboren, aber jeden Sommer haben wir in Kaltenbirken, heute auf Tschechisch Zahořánky, verbracht. Der Ort liegt an einer Straße, die von Kaplitz nach Krumau führt. Meine Mutter, die von einem Bauernhof in dem kleinen Weiler

mit sieben Häusern kam, ist mit uns jeden Sommer dorthin gefahren. Auch sonst waren wir öfter dort. Zweite Heimat, sag ich. Herrlich war das für einen Buben. Wir sind mit dem Zug nach Umlowitz und dann hat uns ein Pferdefuhrwerk abgeholt oder wir sind mit Sack und Pack zu Fuß los. Zwei Stunden und wir waren dort. Vom Bauernhof der Mutter habe ich ein Bild, ein Gemälde. [...] Mein Onkel konnte nach 1945 dort bleiben und ist geblieben. [...] Meine Mutter hat optiert, nein mein Vater hat dann 1919 oder 1920 optiert, er arbeitete vorher in Budweis bei der Eisenbahn. Ja also er war in Budweis und hat dann in Linz als Eisenbahner als Zugführer gearbeitet, er ist übernommen worden, hat optiert, und ist dann mit meiner Mutter nach Linz. Sonst hätte er im Staatsdienst der Tschechoslowakei tschechisch lernen müssen, das konnte er nicht, wollte er nicht und so haben meine Eltern ab 1920 in Linz gelebt. In Wohnungen für Eisenbahner, Werkswohnungen, in der Franckstraße, ganz hinten, bei Don Bosco, da hatten wir das Reihenhaus C. [...] Dort gab es viele Gemeinsamkeiten, bis in die 1930er Jahre war es sehr harmonisch, denn alle, oder fast alle dort im Block stammten aus dem Sudetenland oder jedenfalls aus Böhmen.“²⁴³

Folgt man den Volkszählungsergebnissen, dann nahm in der Zwischenkriegszeit die Zahl der in Linz geborenen Bevölkerung – definiert nach dem jeweiligen Stadtgebiet – deutlich zu (Tabelle 6). Anders als Wien war Linz aber nach wie vor eine Stadt, in der Zuwanderer eine Mehrheit bildeten. Damit stellten die nicht in Linz geborenen Stadtbewohner nach wie vor die Bevölkerungsmehrheit. 1923 erreichte die Zahl der in der Tschechoslowakei geborenen Personen mit 7.424 einen Höchststand in absoluten Zahlen, der Prozentsatz der aus diesem Raum stammenden Personen war von 1910 bis 1923 allerdings von rund 10 Prozent auf etwa 8 Prozent gesunken. Zum Teil handelte es sich dabei um deutschsprachige Zuwanderer aus Südböhmen. Dies war nunmehr der weitaus höchste Prozentsatz auf dem Territorium des Auslands geborener Stadtbewohner, Deutschland und Italien folgten erst mit Abstand. Die weitaus stärkste Zuwanderergruppe stammte wie bereits in der Kaiserzeit aus den ländlichen Bezirken Oberösterreichs. Der Anteil der Migrantinnen, die außerhalb Oberösterreichs geboren waren, blieb mit rund einem Viertel der Stadtbevölkerung in der Zwischenkriegszeit relativ konstant bzw. sank er in den dreißiger Jahren etwas ab.²⁴⁴

Nicht aus der Herkunftsstatistik zu entnehmen ist die ethnische und religiöse Strukturierung der Stadtbevölkerung. Die Sprach- bzw. die Religionsstatistik liefert dazu einige Hinweise. Nach der Zählung von 1923 war die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung deutschsprachig, und zwar 93.958 Personen, das waren 99 Prozent der Stadtbevölkerung. Alle sonstigen Sprachen machten zusammen rund 1 Prozent aus. 560 Personen gaben Tschechisch an, 84 Italienisch, 78 Ungarisch und 221 andere Sprachen. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass aufgrund der Fragemodalitäten und aufgrund des Konformitätsdrucks, der bei derartigen Zählungen immer spürbar wurde, die Zahl der ethnischen Minderheiten nach unten gedrückt wurde.²⁴⁵ Die österreichische Staatspolizei ging bei ihren Beobachtungen 1924 in Linz davon aus, dass die „cechoslovakische Minderheit in Linz“ rund 2.600 Personen umfasste, basierend auf der „geheimdienstlichen Information“, dass das tschechoslowakische Konsulat neben

der Dienstkartei über eine Spezialkartei mit 2.600 Namen verfüge.²⁴⁶ Die Zahl der Italiener war demgegenüber gering: Die Volkszählung 1923 nahm in Linz 678 Personen auf, die auf dem Staatsgebiet Italiens (in den Grenzen von 1920) geboren worden waren, es wurden ferner auch 237 Personen gezählt, die die italienische Staatsbürgerschaft innehatten.²⁴⁷ Ein Arbeitsvertrag aus dem Jahre 1921 zwischen Domenico Comoretto und der Ringofen-Ziegelei Hans Rieseneder, Linz-Urfahr, Auberg 10, in der sich Comoretto zur Erzeugung von 80.000 Ziegeln zum Preis von 45 Lire pro 1.000 Stück verpflichtete, zeigt, dass Italiener nach wie vor in der Ziegelerzeugung tätig waren.²⁴⁸

Tabelle 6: Wohnbevölkerung der Stadt Linz (jeweiliges Stadtgebiet) nach dem Geburtsort 1910–1934

Geburtsort	1910		1923		1934	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Linz	22.229	32,8 %	35.476	37,7 %	45.127	41,5 %
sonstiges OÖ	27.975	41,3 %	35.819	37,7 %	40.540	37,2 %
NÖ und Wien	5.295	7,8 %	7.977	8,4 %	7.824	7,2 %
sonstige Bundesländer*	2.694	4,0 %	3.874	4,1 %	3.701	3,4 %
Böhmen	4.978	7,3 %				
Mähren	1.258	1,9 %				
Tschechoslowakei			7.424	7,8 %	7.257	6,7 %
sonst. Kronländer	830	1,2 %				
(sonst.) Ausland**	2.558	3,7 %	4.045	4,3 %	4.377	4,0 %
Gesamt	67.817	100,0 %	94.615	100,0 %	108.826	100,0 %
			101.347***			

* Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, ab 1923 Burgenland; mit dem Stichtag der Zählungen in den jeweiligen Landesgrenzen

** 1910 wurde die ungarische Reichshälfte als Ausland gezählt;

*** inklusive Kleinmünchen

Quelle: Österreichische Statistik, Neue Folge, Band 1, Heft 2. Wien 1914, 22–38;
 AStL, Statistische Vierteljahrsberichte der Stadt Linz, Jg. 2 (1924), Nr. 1 und 2, 27–30;
 AStL, Statistische Daten über die Volkszählung in Linz an der Donau vom 22. März 1934. Hrsg. vom Kommunalstatistischen Amte. Linz 1934, 9–11.

Hinsichtlich der Religion waren 87.288 Personen römisch-katholischen Glaubens (= 92 Prozent), 3.766 waren protestantisch A.B. (= 4 Prozent), 952 altkatholisch und 931 mosaischer Konfession (= je 1 Prozent), 248 hatten ein anderes anerkanntes Glaubensbekenntnis (= 0,2 Prozent) und 1.716 Personen (= 1,8 Prozent) waren konfessionslos, wobei anzumerken ist, dass es bei der letzteren Gruppe große Unterschiede zwischen den Geschlechtern gab. So waren zwar 1.230 Männer, aber nur 486 Frauen ohne Glau-

bensbekenntnis.²⁴⁹ In den Jahren nach der Volkszählung von 1923 hielt die Zuwanderung aus ländlichen Gemeinden nach Linz an, dies ging aus den Aufzeichnungen des Statistischen Amtes hervor. Von tausenden Zugewanderten seien demnach „rund 20 Prozent der Erwerbstätigen gelernte Arbeiter. Auf steigenden Wohlstand in Linz weist die große Zahl der zugewanderten Dienstboten hin, die von 469 zugewanderten Hausgehilfinnen im Jahre 1928 auf 633 im Jahre 1929 gestiegen ist. Auch die Zahl der in den Lohnabgabepflichtigen Betrieben Beschäftigten ist trotz der Wirtschaftskrise gestiegen. Bringt man nun die Zahl der Arbeitslosen (derzeit ungefähr 3.000) mit der Zahl der in den letzten Jahren Zugewanderten in Beziehung, so ergibt sich die erfreuliche Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in Linz im Vergleich gering ist. [...]“²⁵⁰ Die Zuwanderer stammten in erster Linie aus oberösterreichischen Landgemeinden, die Zuwanderung aus dem Ausland war ab 1925 gering.

Zum einen war dies auf die Krisen im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie zurückzuführen. Der Wanderungssaldo in Österreich wurde für einige Zeit negativ, das heißt, die Auswanderung übertraf die Einwanderung. Im Dezember 1925 wurde schließlich das „Inlandarbeiterschutzgesetz“ beschlossen. Dieses Gesetz regelte in einer bislang unbekanntenen Form die Stellung ausländischer Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Das restriktive Gesetz untersagte Ausländern die Beschäftigung in Österreich, es sei denn, sie verfügten über eine Beschäftigungsbewilligung. Für (tschecho)slowakische (ungarische, kroatische) Wanderarbeiter, die in erster Linie in der Landwirtschaft eingesetzt wurden, vereinbarte man Sonderregelungen und Kontingente. Das Gesetz kam infolge des Drucks von Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei zustande: Im Parlament wurde dabei auf der Ebene des Arbeiterprotektionismus argumentiert („Schutzgesetz“).²⁵¹

Die Debatten in den politischen Vertretungskörpern zeigten, dass die Christlichsoziale Partei zusammen mit der Großdeutschen Partei insbesondere im Bereich des Staatsbürgerschafts- und Heimatberechtigungserwerbs Barrieren errichtete, während auf dem Arbeitsmarkt im Sinne größerer Flexibilität argumentiert wurde. Demgegenüber traten sozialdemokratische Politiker vor allem in den Städten für bessere Möglichkeiten der Inklusion von Zuwanderern ein und wandten sich gegen die Ausgrenzung von „fremdvölkischen“ oder „jüdischen“ Zuwanderern. Auf dem Arbeitsmarkt wurden hingegen Neuzuwanderer als unerwünschte Konkurrenz der österreichischen Arbeiter angesehen, Lohndruck und Arbeitslosigkeit wurden in der Folge befürchtet. In Oberösterreich und Linz hat man Arbeitsbewilligungen für Ausländer im Zeitraum 1925 bis 1928 in eher geringem Ausmaß erteilt, selten auch wurden tschechoslowakische Saisonarbeiter beschäftigt. Jedenfalls begann man im Gefolge des Inlandarbeiterschutzgesetzes Maßnahmen zu setzen, die auf eine Kontrolle und Registrierung ausländischer Arbeitskräfte hinausliefen, es wurden Sonderregelungen in Kraft gesetzt. Der Magistrat wurde seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung dazu „eingeladen [...] Erhebungen über die ansässigen Ärzte fremder Staatsangehörigkeit zu pflegen und das Ergebnis [...] hierher bekanntzugeben.“²⁵² Der Magistrat Linz wurde ebenfalls in Kenntnis gesetzt, „dass bei den Bezirksbehörden angemeldete tschechoslowakische Wanderarbeiter binnen dreier

Tage durch den zuständigen Amtsarzt auf infektiöse oder parasitäre Erkrankungen und Trachom [bakterielle Augenentzündung, MJ] zu untersuchen sind.“²⁵³

Während der Krisenjahre ab 1929 sollte überraschenderweise die Zahl der aus der Tschechoslowakei stammenden Beschäftigten vorübergehend zunehmen. Eine gewisse Rolle bei der Bevölkerungsentwicklung der Jahre 1930 bis 1934 (teilweise negativer Wanderungssaldo) spielte die Abwanderung oberösterreichischer Arbeitskräfte, zum Teil über die Grenzen, ins Ausland und in andere Bundesländer. Von offizieller Seite, in diesem Fall dem Wanderungsamt, das dem Bundeskanzleramt untergeordnet war, wurde die Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte ins Ausland damals nach dem Ausbruch der Krise organisatorisch gefördert.²⁵⁴ Dies rief im Februar 1930 die NSDAP Linz auf den Plan, die zu diesem Zeitpunkt zu erstarken begann. In deren Kampfblatt „Volksstimme“ erschien ein Artikel unter dem Titel „Sklavenhändler in Oberösterreich“. Im Mittelpunkt stand die Anwerbung von Arbeitskräften nach Frankreich und eine heftige Attacke auf das Österreichische Wanderungsamt. Dieses habe in Linz eine Pressekonferenz abgehalten, um eine Abwanderung nach Frankreich zu bewerben: „Das Wanderungsamt ist zu dem Ergebnis gekommen: Arbeit in Frankreich ist besser als Arbeitslosigkeit in Österreich. Und recht interessant, die Franzosen ziehen einen Menschenschlag wie den Oberösterreicher vor.“²⁵⁵ Die oberösterreichischen Nationalsozialisten griffen nun das Wanderungsamt dahingehend an, dass es skandalös sei, „die rassistisch wertvollsten Menschen zur Abwanderung zu bewegen“, obwohl es in Wien 200.000 zugewanderte Galizier gebe.²⁵⁶ Die Nationalsozialisten stellten in diesem Zusammenhang folgende Forderungen auf: Eine Verpflichtung des Staates, für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Falls der Staat dazu nicht in der Lage sei, dann seien fremde Staatsbürger auszuweisen, weiters: „Ein Jude kann nicht Staatsbürger sein.“²⁵⁷ Jede Einwanderung „Nicht-Deutscher“ sei zu verhindern: „Alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 [...] eingewandert sind“ seien zum Verlassen des Landes zu zwingen; Kolonien seien zur Sicherstellung der Ernährung und zur Ansiedlung des Bevölkerungsüberschusses bereitzustellen.²⁵⁸ Diese Forderungen gingen in Hinblick auf eine Ausgrenzung wesentlich weiter als jene aller anderen wahlwerbenden Parteien.

Die Volkszählung des Jahres 1934 zeigte insgesamt einen leichten durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsanstieg von 1923 bis 1934 sowie einen weiteren Anstieg der in Linz geborenen Bevölkerung, sowie einen Anstieg an Zuwanderern aus oberösterreichischen Gemeinden um rund 5.000 Personen, prozentuell blieb deren Anteil konstant. Die in Linz geborene Bevölkerung übertraf erstmals deutlich die Zahl der Zuwanderer aus den oberösterreichischen Gemeinden. Trotz der gestiegenen Zahl tschechoslowakischer Staatsangehöriger auf dem Arbeitsmarkt sank die Zahl jener, die Tschechisch als Umgangssprache angaben, markant. Die Zahl der Juden in Linz hatte um rund ein Drittel abgenommen. Es kann angenommen werden, dass der Rückgang mit der wenig integrationsfreundlichen Haltung eines Teils der nicht-jüdischen Bevölkerung zu tun hatte, mit der zunehmenden Isolation der Juden in Oberösterreich sowie mit der politischen und gesellschaftlichen Destabilisierung in Österreich, mit den Ereignissen des Februar 1934 ebenso wie mit der Machtergreifung Hitlers im Deutschen Reich. Die Zahl der

Protestanten hatte gegenüber 1923 deutlich zugenommen, jene der Konfessionslosen blieb 1934 in etwa konstant.

Tabelle 7: Wohnbevölkerung der Stadt Linz 1934

Geboren in		
Linz	45.127	41,5 %
sonst. OÖ	40.540	37,2 %
österr. Bundesländer	11.525	10,6 %
Tschechoslowakei	7.257	6,7 %
sonstiges Ausland	4.377	4,0 %
Gesamt	108.826	100,0 %

Minderheiten		
Juden	671	0,6 %
Protestanten	4.471	4,0 %
Konfessionslose	1.826	1,7 %
Tschechen (Umgangssprache)	229	0,2 %

Quelle: AStL, *Statistische Daten über die Volkszählung in Linz an der Donau vom 22. März 1934. Hrsg. vom Kommunalstatistischen Amte. Linz 1934, 9-11.*

Wirtschaftskrise, „Judenfrage“ und Antisemitismus

Während der Wirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre hatten die Animositäten gegenüber der jüdischen Bevölkerung wieder zugenommen. Juden wurden in diesem Zusammenhang in populistischer Weise als kulturell fremd, als materialistisch und die Krise mit verursachend angesehen. Deutschnationales Gedankengut erreichte damals ein Potential von mehr als 20 Prozent der Wählerschaft und auch in der radikalsten Ausformung, wie es von den Nationalsozialisten angewandt wurde, hat man dieses von bürgerlicher Seite her nicht ausgegrenzt. 1927 traten bekanntlich Christlichsoziale, Großdeutsche und Nationalsozialisten bei den Linzer Gemeinderatswahlen in einer Einheitsliste an. 1930 fand in Linz ein vielbesuchter und -beachteter „Gautag“ der NSDAP auch mit vielen deutschen Gästen der „Hitlerbewegung“ statt. In der nationalsozialistischen „Volksstimme“, dem „Kampfblatt“ der „Hitlerbewegung“, hieß es dazu: „Die Judenfrage gelöst! Gedanken zum Linzer Gautag der NSDAP. Während sonst auf dem Bummel, der Landstraße, ganz Zion mit seinen ostischen Fratzen versammelt war und die deutschen Linzerinnen, blond und braun, mit gierigen Glotzaugen anstarrte, und fixierte und belästigte, waren diese frechen Judenbengel an jenen Tagen ausgestorben

und nur arisches Volk wandelte durch die Straßen, ein wohltuender Anblick! Wenn eben die braunen Kolonnen marschieren, ist die Judenfrage gelöst. Diesmal – und in Linz – allerdings nur für zwei Tage. Leider!“²⁵⁹ Die Diktion war nach wie vor schönerianisch ebenso wie die Datierung des Blattes mit „Lenzmond“, dem germanischen März.²⁶⁰ Im Jahr 1931 rief ein Flugblatt der Nationalsozialistischen Partei mit dem Zusatz „Hitlerbewegung“ zur Weihnachtszeit zum Boykott jüdischer Geschäfte in Linz auf. Erneut war die schönerianische Diktion erkennbar.²⁶¹ Anders als 1909 wurde ein derartiger Aufruf 1931 juristisch nicht mehr inkriminiert. 1909 waren die „Linzer Fliegenden Blätter“ noch konfisziert und eine Geldstrafe verhängt worden.²⁶² 1932 wurde schließlich ein weiterer Akzent im Sinne des klassischen Deutschnationalismus gesetzt. Antisemitismus spielte in diesem Fall keine Rolle. Es ging um den Anschlussgedanken. Noch auf Anregung Carl Beurles war einer der Maximilianischen Wehrtürme, die Linz umgeben, von der „Deutschen Burschenschaft“ 1917 erworben worden. 1928 erklärte die Deutsche Burschenschaft, „dass der Turm in Linz zu einem Anschlußdenkmal ausgebaut werde“.²⁶³ 1932 wurde er offiziell als „Anschlusssturm“ im Zuge einer eigenen Weihe der Symbolisierung des Anschlussgedankens gewidmet, die Inschrift „Ein Volk, ein Reich“ wurde angebracht.²⁶⁴

Bei den letzten freien Wahlen in Oberösterreich, den Landtagswahlen vom 19. April 1931, hatten national ausgerichtete Parteien (Landbund, Heimatblock, Nationaler Wirtschaftsblock, NSDAP) in Linz 25 Prozent der Stimmen erhalten.²⁶⁵ Im Zuge der Wirtschaftskrise war in ganz Österreich, besonders aber in Oberösterreich ein erheblicher Zugang zu den damals noch legalen Nationalsozialisten zu registrieren. Linz wurde damals zu einer Zentralstelle der NSDAP. Adolf Hitler, der Parteivorsitzende der damals in Deutschland noch nicht an der Macht befindlichen Partei, bestimmte Linz als Sitz der österreichischen NSDAP und förderte auch in den folgenden Jahren Linz als wichtigen nationalsozialistischen Standort in Österreich.²⁶⁶ Von 1931 bis 1933 war nicht Wien, sondern Linz Sitz des Landesinspektors der NSDAP in Österreich. Auch nach der Verhaftung des Landesinspektors und nach dem Verbot der Partei im Juni 1933 verblieb die informelle Zentralfunktion in Linz. Diese Positionierung erhielt Linz infolge einer persönlichen Entscheidung Hitlers, der durch seine persönliche Geschichte zu Oberösterreich und zur Landeshauptstadt eine besondere Beziehung hatte. In den Jahren der illegalen NSDAP ab 1933 wurden Oberösterreich insgesamt, besonders aber Linz, Wels und das Innviertel als Bastionen der verbotenen und illegalen Nationalsozialisten bezeichnet.²⁶⁷ In Oberösterreich erschien die alpenländische Ausgabe des illegalen, aggressiven NS-Propagandablatts „Österreichischer Beobachter“, die schließlich auch nach Wien ausgeliefert wurde; Redaktionssitz war Linz.²⁶⁸

Einen Einblick in die Atmosphäre, die die Stadt Linz damals Juden vermitteln konnte, gibt ein Brief des in Wien lebenden, aus Drohobycz in Galizien (Polen) stammenden Oskar (Osias) Erdheim. Der 1871 geborene Unternehmer schrieb an seine Frau Sofie, mit der Datierung Linz, 25. Juni 1932: „Meine liebste Sofie [...] Ich habe eine Nacht in Gösting, was man mir auf der Bahn angelegentlich empfohlen hat – in einem sehr, sehr vornehmen Hotel (Kürschner) genachtet, die zweite Nacht in einem Gasthof in Linz.“

Dieses Linz möchte ich nie mehr sehen: antisemitisch (Hakenkreuz). Placate an den Strassen: Sonnwendfeier, es wird gebeten, dass nur „arische“ Gäste erscheinen. – Hier ist das Wetter halbwegs gut, wenigstens ein Caféhaus. Am Abend gehe ich in den Zirkus und morgen will ich am Pöstlingberg zu Mittag essen, sofern es das Wetter erlaubt. Ich wohne, wie Du siehst, in dem Reisenden Hotel, weil bei schlechtem Wetter Weinzinger nicht lohnend ist [...] Dein Oskar.“²⁶⁹ Bei dem Brief handelt es sich um einen reinen Privatbrief. Erdheim war viel unterwegs und schrieb während seiner Geschäftsreisen häufig an seine Frau. Der Brief war nicht mit der Intention verfasst worden, veröffentlicht zu werden oder etwas zu bewirken. Von einer merkbar antisemitischen Stimmung in Linz berichteten mehrfach jüdische Verfasser von Briefen, Tagebüchern, Lebensgeschichten, Erinnerungsfragmenten (Egon Basch, Karl Schwager, Adolf Mandelbaum, Oskar Erdheim), sei es um 1910, während des Ersten Weltkriegs, um 1919/1920 oder eben auch wie in diesem Fall im Juni 1932.

1933 veröffentlichte der Linzer Bischof Johannes Gföllner einen Hirtenbrief, den er auch gegen die „nationalsozialistische Weltanschauung“ richtete, gleichzeitig aber einen „jüdischen Weltgeist“ heftig angriff. Der katholische Antisemitismus der Jahre 1933–1938 wurde nicht versteckt oder verschämt, sondern offensiv formuliert. Er sollte laut Selbstdarstellung „anständig“, „gemäßigt“, „geistig“ und „heilsam“ sein, wie „es sich für eine zivilisierte Nation gehöre“.²⁷⁰ Dazu kam in der Folge ab 1933 der wesentlich aggressivere Antisemitismus der illegalen Nationalsozialisten, die von der NSDAP im Deutschen Reich unterstützt wurden. Es wurden in diesem Zusammenhang bereits konkrete Aktionen gesetzt, man versuchte Boykotte einzelner „jüdischer“ Unternehmer zu organisieren.²⁷¹ 1933 bis 1936 sind nur wenige konkrete Dokumente von verbalen oder tatsächlichen Angriffen gegen Linzer Juden und Jüdinnen erhalten. Tatsächlich wurde in diesen Jahren der tätige, in Handlungen umgesetzte Antisemitismus unter Kontrolle gehalten. Mit dem Juliabkommen 1936, das ein Einlenken der österreichischen Regierung gegenüber dem Druck des nationalsozialistischen Deutschen Reichs darstellte, veränderte sich die Situation ungeachtet der Tatsache, dass die nach wie vor illegalen österreichischen Nationalsozialisten dem „Ständestaat“ auch weiterhin feindselig gegenüberstanden. Ihr Handlungsspielraum hatte sich mit dem Juliabkommen jedenfalls vergrößert.²⁷² Es kann nicht als Zufall angesehen werden, dass ab dem zweiten Halbjahr 1936 vermehrt aggressive antisemitische Propaganda feststellbar war.

Vor dem Beginn der Weihnachtseinkäufe im Dezember 1936 haben die oberösterreichischen Nationalsozialisten Flugblattaktionen mit folgendem Text gestartet: „Volksgenossen und Volksgenossinnen! [...] Habt Ihr auch überlegt, wo ihr einkaufen wollt? Wollt ihr Eure sauer verdienten Groschen auch heuer wieder den Juden in den Rachen werfen? [...] Arbeiter hast Du schon einmal einen Juden ehrlich arbeiten und von seiner eigenen Hände Arbeit leben gesehen? Nie!“ Weiters heißt es: „Und dann brüsten sich diese Schweine mit billigen Preisen [...] Nichts und Niemand schützt uns heute vor diesen krummnasigen Blutegeln – gegen solche Anmaßung, Ausbeutung und Verseuchung kann nur eines helfen: Rücksichtsloser Boykott dem Judentum! Kauft nur bei arischen Geschäftsleuten! Merkt euch Jeden, der trotzdem zum Juden geht!“²⁷³ Abgeraten wurde

in einer eigenen Rubrik vom Besuch konkret benannter Geschäfte: „Ramschwarenhaus Kraus u. Schober, Hauptplatz, Inhaber die scheußlichen Juden Schwarz und Krauslich. Hungerlöhne für Heimarbeiterinnen, Ausbeutung der Angestelltenschaft [...] Hekler und Zimmermann, Wiener Reichsstraße, der Würger der kleinen Leute [...] Isman, ‚Der billige Mann‘. Berüchtigter Beuschelreißer, direkt aus Ostgalizien! Pfarrgasse. [...] Schuhe Pasch, Landstraße 54. Als Schandkerl, Ausbeuter und Schundwarenlieferant gleichermaßen bekannt [...] Harry Palmers, Filialen Ecke Landstraße-Mozartstraße, Promenade, der König der Strumpfschieber [...]“²⁷⁴ Insgesamt wurden 53 Namen in einer „Liste der Linzer Judengeschäfte“ angegeben. Die Flugblätter richteten sich in erster Linie an Unterschichten, waren in antikapitalistischem Ton und volkstümlichem Stil abgefasst, sie enthielten, neben diversen Falschinformationen und aggressiven Verleumdungen, im gefälschten Impressum die Angabe Herrenstraße 19 – den Sitz des Linzer Bischofs – sowie als Druckerei den Katholischen Preßverein der Diözese Linz.²⁷⁵

Ein Großteil der Juden, die damals aus Linz abgewandert waren, wählte Wien als Ziel, nur einige hundert emigrierten nach Palästina oder in die USA. Zwar kann auch in Wien nicht von einem schwächeren oder in geringerem Ausmaß vorhandenen Antisemitismus ausgegangen werden, es lebten jedoch wesentlich mehr Juden in der Bundeshauptstadt als in allen anderen Bundesländern. Minderheiten nahmen meist an, sie seien in der Großstadt mit 1,8 Millionen Einwohnern und einer eigenen Community besser geschützt als in einer kleineren Stadt. Wurden 1934 in Linz lediglich 671 Juden gezählt, so waren es in Wien 176.034.²⁷⁶ Im Zuge der Volkszählung stellte sich ferner heraus, dass von den 794.155 Zuwanderern, die in Wien lebten, 349.133 in Österreich und 445.022 im Ausland geboren waren, davon 292.880 in der Tschechoslowakei, 52.986 in Polen, 28.472 in Ungarn.²⁷⁷ In den 1930er Jahren gerieten auch in Wien Minderheiten zunehmend unter Druck. An die Stelle der Arbeitsmigration waren seit 1933 stärker die politisch motivierte Migration, die Emigration, Flucht und Exil getreten.

Schon in den Jahren 1934 bis 1938 waren tausende Österreicher in die Tschechoslowakei, die Sowjetunion, nach Frankreich oder Spanien geflüchtet.²⁷⁸ Juden, die rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannten, waren schon vor dem „Anschluss“ nicht nur aus Linz, Graz, Innsbruck oder Salzburg, sondern auch aus Wien abgewandert.²⁷⁹ In Linz selbst befand sich die Kultusgemeinde – aufgrund des wachsenden Antisemitismus, der zunehmenden Isolation und wachsenden Bedrohung bzw. schließlich auch aufgrund innerer Widersprüche – in einer Krise. Bis dato hatten IKG-Präsident Benedikt Schwager und Rabbiner Viktor Kurrein eine relativ kompakte, aufgeschlossene Gemeinde geführt. Kurrein führte in den 1920er Jahren in Oberösterreich die Bat-Mizwa für Mädchen ein und bemühte sich, der Übernahme von Weihnachtsfeiern, die unter oberösterreichischen Juden weit verbreitet waren, entgegenzuwirken.²⁸⁰ Leon Botstein hat in Hinblick auf spätere Jahre, im Besonderen auf 1933–1938, von der „passiven Entpolitisierung des jüdischen Mitbürgers in Österreich“ gesprochen. Die politische Machtlosigkeit der Juden, so Botstein, „beinhaltete die passive Hoffnung, daß es nicht schlimmer werden würde. Diese Hoffnung war Ausdruck der [...] Loyalität zu den bürgerlichen, gebildeten Lebensformen.“²⁸¹

In Linz geriet das jüdische Gemeindeleben vor dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich in eine Krise, wie sich aus gemeindeinternen Kritiken entnehmen lässt. An sich war das jüdische Veranstaltungswesen der Zwischenkriegszeit bislang sehr aktiv gewesen: „Manche jüdische Veranstaltung der letzten Zeit hat neuerlich eine sehr bedauerliche Verständnislosigkeit der Gemeindeangehörigen für künstlerische und geistige Dinge aufgezeigt [...] Beschämend aber ist es, wenn sich von Veranstaltungen [...] auch Schichten fernhalten, die sich ansonsten als Träger schöngestiger Bestrebungen gebärden.“²⁸² Ende 1937 wurde auch die übliche Chanukka-Feier, vom Sportverein gestaltet, angesichts der bedrohlicher werdenden Stimmung in Frage gestellt. 1934 hatte sich die Kultusgemeinde entschlossen, jene Personen zu unterstützen, die an eine Auswanderung nach Palästina dachten. Es wurden beispielsweise spezielle Neuhebräischkurse eingerichtet und kleinere finanzielle Aushilfen geboten.²⁸³ In Hinblick auf das Vereinsleben wurde damit der zionistische Verein „Blau-Weiß“ (Maccabi Hazair) Linz gestärkt, der nun nachhaltig in Richtung einer Auswanderung nach Palästina wirkte.

Als Beispiel des Rückzugs aus öffentlichen Aktivitäten in eine Art „innere Emigration“ kann etwa die promovierte Chemikerin Rudolfine Menzel gelten. Menzel und ihr Gatte waren 1918 aus Wien nach Linz zugewandert. Die beiden hatten der lokalen intellektuellen Szene eine Reihe von Impulsen gebracht. Die linksgerichtete Zionistin hatte noch 1930 einen Vortrag über Sexualität und Aufklärung gehalten, in dessen Verlauf sie sich auch für Koedukation einsetzte und eine Abkehr von der herkömmlichen Rollenzuschreibung empfahl: Frauen sollten ihren männlichen Nachwuchs verstärkt zur Hausarbeit erziehen.²⁸⁴ Die Avantgardistin früherer Jahre beschrieb schließlich, wie sie sich später in ihrem kleinen Häuschen an der Peripherie der Stadt, in Kleinmünchen, immer mehr der Hundezucht zuwandte, privatisierte und die Ereignisse nicht mehr in aller Klarheit wahrnahm: „So ging das Jahr 1937 seinem Ende zu. Wir österreichischen Dummköpfe merkten noch immer nicht, was gespielt wurde. Mein Mann allerdings sah weniger rosig in die Zukunft, er spürte, dass manches in der Luft lag; ich selbst war aber absolut unbekümmert [...] eine Besetzung Österreichs hätte ich nie für möglich gehalten.“²⁸⁵

Selektive Wahrnehmung und insbesondere ein Augenmerk auf die nationalen ebenso wie die regionalen Spitzen der Politik der Diktatur des „Ständestaats“ mögen zu dieser Haltung beigetragen und den Eindruck einer vergleichweisen Sicherheit erweckt haben. Die offizielle Doktrin des autoritären „Ständestaats“ war ein österreichischer Patriotismus. Parallel zur antisemitischen Tradition der Christlichsozialen Partei war die Praxis der ständestaatlichen Organe seit 1933/34 differenziert: Das autoritäre Regime hat damals insgesamt ambivalent agiert. Die Verfolgung jüdischer Sozialdemokraten und Kommunisten war ein Faktum, ferner wurden einige als antisemitisch auszulegende Maßnahmen im Bildungsbereich gesetzt. Die Diskriminierung von Juden im Alltagsleben nahm ebenfalls weiter zu. Zum anderen galten jüdische Institutionen und Wirtschaftstreibende als Verbündete gegen den Nationalsozialismus. Die Regierung stand unter Druck von verschiedener Seite, insbesondere durch US-amerikanische Interventionen, die österreichischen Juden zu schützen, aber auch unter dem Druck von österreichischen Antisemiten innerhalb und außerhalb der Vaterländischen Front, das genaue Ge-

genteil zu tun. Ab 1936 wirkte sich ein verstärkter wirtschaftlicher und politischer Druck seitens Hitlerdeutschlands auf die österreichische Gesellschaft aus.

In der Ständestaat-Diktatur wählte man nun einen Mittelweg: Tolerierung und teilweise Förderung antisemitischer Haltungen auf unterer Ebene, demonstrative Ablehnung auf höherer Ebene. Alle Ereignisse, die Schlagzeilen in ausländischen Medien bedeutet hätten, sollten vermieden werden.²⁸⁶ In Oberösterreich luden sowohl der damalige Bürgermeister der Stadt Linz, Wilhelm Bock, als auch Landeshauptmann Heinrich Gleißner die Vertreter der jüdischen Kultusgemeinde mehrmals zu sich ein. Die lokalen Nationalsozialisten streuten das Gerücht aus, der Bürgermeister habe einen jüdischen Familienhintergrund.²⁸⁷ Wilhelm Bock galt überdies nicht als Hardliner des Regimes, sondern versuchte vermittelnde Signale zu setzen.²⁸⁸ Landeshauptmann Gleißner pflegte regelmäßigen Kontakt zum Bund Jüdischer Frontsoldaten (BJF). Im Mai 1934 trat der Bund Jüdischer Frontsoldaten geschlossen der „Vaterländischen Front“ bei. In Linz fanden die Generalversammlungen und Kameradschaftsabende im Gasthaus „Zu den Drei Mohren“, später im Weinlokal „Zum Schwarzen Bären“ statt. Mitglieder des BJF wurden von der Linzer Kultusgemeinde für den Sicherheitsschutz der jüdischen Gemeinde herangezogen.²⁸⁹ Auf die Ermordung des damaligen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß durch nationalsozialistische Aktivisten reagierte der Großteil der österreichischen wie der oberösterreichischen Juden mit Entsetzen.²⁹⁰

Landeshauptmann Gleißner, ein Kriegskamerad und Vertrauter von Dollfuß, stand auch mit jüdischen Industriellen in Kontakt, insbesondere mit Hugo Mostny, der selbst konvertiert war und dem Ständestaat politisch nahe stand.²⁹¹ Der Familie Mostny wurde nahegelegt, sich in „Mostny-Kirchmayr“ umzubenennen, weil dies bodenständiger klinge. Der Schauspieler Leonidas Ashkenazy, der später als Hollywood-Star Leon Askin Welt- ruhm erringen sollte, erzählte, dass er 1936 ein Engagement am Linzer Landestheater angenommen hatte und er von Gleißner nach einem Theaterbesuch gefragt wurde, ob er sich nicht vorstellen könne, ein längeres Engagement in Linz anzutreten, sich taufen zu lassen und den Namen zu ändern. Noch im Frühjahr 1937 engagierte das Linzer Landestheater jüdische Künstler.²⁹² Das Sommerlager einer rechtszionistischen Gruppierung fand 1937 am Wolfgangsee statt. Es wurde nachweislich von Bundeskanzler Schuschnigg besucht und besichtigt. Laut „Revisionistischem Nachrichtenblatt“ ist der Bundeskanzler von den Jugendlichen stürmisch gefeiert worden.²⁹³

Im Jahr 1934 hatten sich die Mehrheitsverhältnisse in der jüdischen Kultusgemeinde definitiv verändert, ab 29. Oktober 1934 wurde die gesamte IKG Linz zionistisch ausgerichtet. Präsident Gustav Morgenstern war aber um einen Ausgleich bemüht. In der Kultusgemeinde Linz wurde damals abseits der Diktatur des Ständestaats demokratisch gewählt, es traten Konservative, (Links-)Zionisten und Revisionisten (Rechtszionisten) gegeneinander an. Gegen die Einführung der „Nürnberger Rassengesetze“ in Deutschland 1935 wurde in Linz von allen jüdischen Gruppierungen heftig und öffentlich protestiert.²⁹⁴ Mit der Partei „Binyan Haaretz“ kandidierte 1937 sogar eine demokratische Arbeiterpartei bei den Kultusgemeindewahlen und wurde mit 32,1 Prozent der Stimmen in Linz zur zweitstärksten Kraft.²⁹⁵ Die moderat linksgerichtete, in Berlin gegründete

„Binyan Haaretz“ propagierte den Aufbau eines jüdischen Staats in Palästina durch friedliche Kolonisation, setzte sich für Verständigung mit der arabischen Bevölkerung ein und stand für eine gerechtere Sozialgesetzgebung in Europa wie in Palästina.²⁹⁶ Von seiner politischen Einstellung war auch Kultusgemeindepräsident Karl Schwager als Sozialdemokrat anzusehen, als solcher durfte er allerdings nicht öffentlich auftreten; innerhalb der Kultusgemeinde konnte er seine Gesinnung jedoch deutlich machen bzw. war diese bekannt.²⁹⁷ Die bei den Kultusgemeindewahlen 1935 und 1937 dominante Partei „Allgemeine Zionisten“ fiel ferner durch einen starken linken Flügel auf.²⁹⁸ Die Kultusgemeinde ebenso wie die vielfältige Vereinslandschaft der jüdischen Gemeinden in Oberösterreich war damals insgesamt stark durch innere Konflikte geprägt.²⁹⁹ Im Gegensatz zur Spitzenpolitik wurde bei der Heimwehr und in anderen Organisationen massiv wirtschaftlicher und weltanschaulich motivierter Antisemitismus verbreitet.³⁰⁰ So agierten etwa auch die „Ostmärkischen Sturmscharen“, eine operative Formation der „Vaterländischen Front“, mit massiven Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Juden. Die „Sturmscharen“ wurden in Tirol gegründet und in ganz Österreich, so auch in Oberösterreich, aufgebaut. Von Gegnern wurden die „Sturmscharen“ als „Schlägertrupp“ bzw. als SA des „Ständestaats“ bezeichnet.³⁰¹ In den Schulungsunterlagen der oberösterreichischen Teilorganisation hieß es: „Die Sturmscharen bekämpfen mit aller Energie den Geist, der infolge mancher psychologischer Voraussetzungen vernehmlich in bestimmten Kreisen des Judentums seine Träger hat, der leider weit über den Personenkreis des Judentums auch in die sogenannten arischen Bevölkerungskreise eingedrungen ist. Dieser Geist manifestiert sich vor allem als Materialismus, Marxismus, Liberalismus etc.“³⁰² In Hinblick auf den Umgang mit der jüdischen Bevölkerung wurde konkret formuliert: „Was die personelle Seite der Lösung der Judenfrage betrifft, so ist vor allem eine Bevorzugung der einheimischen bodenständigen, durch Generationen im österreichischen Heimatboden verwurzelten Menschen [...] gegeben (bei Ämtervergebung, Auftragserteilung, bei Kauf und Verkauf am Goldmarkt etc.).“³⁰³ Kennzeichnend für die zunehmende rassistische Tendenz in der Schattierung des christlichsozialen Antisemitismus war die Stellungnahme der „Sturmscharen“ zur Definition des Judentums: „Ad ‚Taufscheinchristentum‘. Es muss zum unerschütterlichen Grundsatz werden, dass weder der Übertritt zum katholischen Glauben, noch die bloße Zugehörigkeit zu vaterländischen Verbänden an sich eine Berechtigung für die Einzelnen abgibt. Zur Führung im politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben sind Personen, die aus der bodenständigen Bevölkerung kommen, allein befähigt.“³⁰⁴

Zwischenkriegsjahre: Vom Land in die Stadt – Mehr Frauen als Männer

In diesem Abschnitt sei besonders auf regionale oberösterreichische Gruppen von Personen hingewiesen, die „fremd“ weder im ethnischen noch im religiösen Sinn waren. Es handelt sich hierbei um ländliche Zuwanderer, die Vorurteilen eher im Sinne von „Etablierten“ und „Außenseitern“, im Sinne des Theorems von Norbert Elias und John

Scotson, ausgesetzt waren. Im Mittelpunkt stand dabei das „Früher“ und „Später“ einer Ansiedlung.³⁰⁵ Diese Vorurteile wurden nicht selten in Form von Diskriminierungen und Despektierlichkeiten über die angebliche „Rückständigkeit“ oder „Kulturlosigkeit“ der Betroffenen zum Ausdruck gebracht.³⁰⁶ Spott in Form von diskriminierenden Witzen waren vor allem Zuwanderer aus dem agrarisch strukturierten Mühlviertel bereits seit langem ausgesetzt. In vielen Fällen war ihre Position in den Städten jene von Außenseitern. Sie durchliefen einen langsamen Anpassungsprozess an die urbanen Lebensformen. Dazu kamen durchaus Formen der Diskriminierung seitens der städtischen Bevölkerungsmehrheit. Bereits Alois Fischer, oberösterreichischer Statthalter von 1848 bis 1851, sprach in seinen Lebenserinnerungen Mitte des 19. Jahrhunderts nachhaltige Vorurteile gegen aus dem Innviertel und dem Mühlviertel stammende Bewohner an.³⁰⁷ Seit den 1860er Jahren stammten beispielsweise konstant rund 15 Prozent der Linzer Stadtbewohner aus den Dörfern und Kleinstädten des Mühlviertels. Im Jahre 1910 betraf dies 11.291 Bewohner, das waren 16,6 Prozent der Stadtbevölkerung, und zwar aus dem Bezirk Urfahr 4.434 Zuwanderer, aus Rohrbach 3.283, aus Freistadt 1.956, aus Perg 1.618; aus den umliegenden Dörfern und Vororten des diesseits der Donau gelegenen Bezirks Linz-Land stammten 3.549 Stadtbewohner (5,2 Prozent).³⁰⁸ Umgekehrt war das Mühlviertel eine Region, aus der viele Bewohner wegwanderten: Aus dem Bezirk Freistadt waren 1910 29,4 Prozent der dort geborenen Bevölkerung abgewandert, aus dem Bezirk Perg 33,2 Prozent, aus dem Bezirk Rohrbach 29,9 Prozent und aus dem Bezirk Urfahr 27,1 Prozent.³⁰⁹ Auch in die Stadt Urfahr sind viele Bewohner des Mühlviertels zugewandert, vor allem aus dem Bezirk Rohrbach.³¹⁰ Urfahr wurde 1919 in die Stadt Linz eingemeindet.

Henriette Haill, geboren 1902, war ein aus dem Mühlviertel stammendes Zuwandererkind. Sie beschrieb in ihren Lebenserinnerungen die Situation in einem vornehmlich von dörflichen Zuwanderern bewohnten Haus am Römerberg einige Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs: „Und so übersiedelten wir in das Haus [Donatusgasse] Nr. 15, das abseits der Stadt etwas Ländliches an sich hatte, zu den übrigen 13 Parteien. Hier wohnten die Gestrandeten, Enttäuschten und Enterbten. Die meisten kamen aus dem Mühlviertel. Viele hatte die Schande aus den Dörfern in diese Wohnstätte gejagt: der Selbstmord eines Familienmitglieds, ein verlorener Prozeß, Verleumdung und Rache. Es wohnte der Schandfleck neben dem, der unverschuldetes Leid trug, die überstandige Jungfrau, die Kinderreichen, die Witwe neben der ledigen Mutter, der angesehene Professionist, der Tagedieb und Säufer, der Leichtsinige und Unglücksrabe. Hier wohnten Knecht und Magd, die geheiratet hatten und in der Stadt ihr Brot suchten, der benachteiligte Bauernsohn, der vom Hof seines Vaters träumte und in der nahen Brauerei als Ochsenknecht diente, ein abgehauster Wirt aus Hellmonsödt, nun Bierausführer [...] Hier hauste auch die seßhafte Tochter umherziehender Leute, die am Tag mit gestärkter weißer Flügelschürze und ebensolchem Unterrock als Maurerweib die schweren Schaffeln auf dem Kopf trug [...] und abends bis tief in die Nacht im Goldenen Schlitten oder beim Sandwirt mit Handlangern und Soldaten tanzte. Eine halbblinde Bettlerfamilie hatte sich angesiedelt [...] Trotz ihrer engen Wohnung beherbergten sie auch noch die

Schwester der Frau. Sie war ein ältliches, stilles Fräulein; da sie die Eigenschaft hatte, sich am freien Sonntagnachmittag mit Mascherln, Spitzerln und Schillerndem aufzuputzen, nannten wir sie die ‚Perlhenn‘. Kurze Zeit wohnte auch eine winzige, jähzornige Person, die Kreuzmoarin, in einer der Dachkammern. Als sie dahinterkam, dass sie von den Hausleuten ‚Doppelliter‘ genannt wurde, zog sie bald wieder aus.“³¹¹

Vergleichsweise Anonymität gegenüber der auf sozialer Kontrolle basierenden Gemeinschaft der dörflichen Heimatgemeinde war ein Aspekt der Lebenswelt in der Stadt, so sehr sie auch aufgrund der spezifischen Stadtstruktur in Linz abgemildert wurde. Ein Faktum, das in der modernen Stadtkritik kontinuierlich angesprochen worden ist, ihre Anonymität, Partialisierung und Isolation, in der jeder jedem fremd ist, ist aber auch Voraussetzung für die Hoffnungen, die sich von jeher mit der Stadt verbunden haben: dass sie ein Ort ist, wo man unbehelligt von Verwandten, Nachbarn, Gendarmerie und der kirchlichen Obrigkeit sein eigenes Leben führen kann. Mittel- und Großstädte boten zumindest zum Teil sowohl Schutz vor der eigenen Vergangenheit als sie auch einen Ort darstellten, um unkonventionelle Verhaltensweisen auszuleben.³¹²

Die sozial eher homogenen dörflichen Zuwanderer erlebten in ihrem Haus am Römerberg aber auch Solidarität, Verortung und Gemeinschaft, so Henriette Haill in ihren Erinnerungen: „Diese zusammengewürfelten armen Leute bildeten eine eigenartige Gemeinschaft. Mit manchen war man zerstritten, mit den meisten vertrug man sich. Jede Wohnung war einem und den anderen bekannt; der ärmliche Hausrat, die alten Gußeisentöpfe, die irdene oder kupferne Guglhupfform, die muffigen Betten, der Weihbrunnkessel an der Tür. Doch gab es kaum einen, der nicht ein gutes Stück aus besseren Tagen herübergerettet hatte. Dort stand ein schön bemalter Bauernschrank, jener hatte einen Gläserkasten voll gehüteter Andenken, ein anderer wieder eine Spieluhr, einen schräggehängten Spiegel, der nächste eine alte Bauernschüssel, eine Truhe oder einen Heiligen unter einem Glassturz. Gesprochen wurde ein schwerer Mühlviertler Dialekt, gegangen wurde in Holzschuhen. Zur Stadt gingen die Frauen mit Lederschlapfen und Kopftuch, sonntags trugen sie Spenser und Flügeltuch zum Kirchgang.“³¹³

Identitätsbehauptung und Verhaltenskonstanten, ein Festhalten am Herkunftsmilieu und am gewohnten kulturellen Kontext war charakteristisch für ländliche Zuwanderer, die sich noch nicht lange in der Stadt aufhielten. Henriette Haill weiter in ihren Aufzeichnungen: „Die Eigentümlichkeiten ihrer Dörfer brachten sie ins Haus. Zu Weihnachten kam nicht das Christkind, sondern das ‚Goldene Rössl‘: über kleine Kinder durfte man nicht steigen, sonst wuchsen sie nicht mehr; putzte sich die Katze mit erhobener Pfote, blieb eine Nadel, ein Messer, eine Schere im Boden stecken, kam Besuch; gegen Heimweh half ein großer Brotscherz, von zu Hause mitgenommen. Man nannte sich gegenseitig nicht ‚Frau‘, sondern Ederin, Moahoferin, Kastnerin, Huberin – wie sie gerade hießen. [...] Manchmal kamen feine Damen ins Haus, um unser Elend zu besehen, schüttelten die Köpfe, tätschelten die hübscheren Kinder, schoben uns ein Zuckerl in den Mund und gingen wieder [...]“³¹⁴ Die städtischen Quartiere stellten nicht nur zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sondern auch in den folgenden zwei, drei Jahrzehnten eine ambivalente Mischung aus Mobilität und Verortung dar. Die hohe intra- und extraurbane

Mobilität verlief parallel zum Versuch der zugewanderten Unterschichtenpopulationen, sich in den größeren Städten zu verorten und zu orientieren. Das Quartiersbewusstsein dürfte eine wichtige Funktion der Identitätsstiftung in der Konfrontation mit den neuen Superstrukturen Industrialisierung, Verstädterung, Klassenbildung innegehabt und zumindest teilweise eine Verortung innerhalb städtischer Orientierungslosigkeit ermöglichen haben.³¹⁵ Dieses Phänomen ist auch – wenngleich in abgemilderter Form – im Rahmen der städtischen und sozialen Entwicklung von Linz zu beobachten. Hinsichtlich der Zuwanderung aus dem Mühlviertel sollte sich im Speziellen auch Urfahr zu einem Zielpunkt entwickeln. So heißt es in städtischen Aufzeichnungen hinsichtlich der Jahre nach 1918: „Es bildeten sich typische ‚Elendswinkel‘, und einige Bereiche von Urfahr-Süd entwickelten sich zu Notstandsgebieten mit auffälligen Tbc-infizierten Gebäuden. Für entsprechende Fürsorgemaßnahmen fehlte es an Mitteln und statt der erhofften Sanierung der Ottensheimerstraße und anderer Gebiete mußte im großen und ganzen alles so bleiben, wie es war.“³¹⁶

Während des Ersten Weltkriegs war es bereits zu vermehrten Spannungen zwischen Stadt und Land gekommen. Die Bauern konnten aufgrund der schwierigen Umstände den Nahrungsmittelbedarf bei weitem nicht befriedigen. Schleichhandel und Schwarzmarkt waren die Folge und belasteten auf Jahre das Verhältnis zwischen Stadt und Land.³¹⁷ Angesichts der aufgebrachten Stimmung in der Stadtbevölkerung malte der spätere Linzer Bürgermeister Josef Gruber, der bereits ein Jahr zuvor vor Stadt-Land-Konflikten gewarnt hatte, in der Landtagssitzung vom 11. September 1919 unverhohlen das Schreckgespenst eines Bürgerkriegs an die Wand.³¹⁸ Noch im Jahre 1921 war die Versorgungslage nach offizieller Einschätzung schlechter als vor dem Ersten Weltkrieg. Die pessimistische Sichtweise gipfelte darin, dass Österreich auf die dauernde Hilfe des Auslandes angewiesen sein werde.³¹⁹ Die relative Knappheit führte dazu, dass bis in die frühen 1920er Jahre von vielen Bauern überhöhte Preise verlangt wurden, die ihnen wiederum noch Jahre später bei Preisdiskussionen vorgeworfen wurden. In Linz war das Spannungsverhältnis zur ländlichen Bevölkerung nicht dermaßen ausgeprägt wie in Wien; der urbane Charakter war in der Landeshauptstadt nicht in derselben Weise entwickelt wie in der Bundeshauptstadt. Viele Stadtbewohner stammten aus oberösterreichischen Dörfern, hatten dort Verwandte und Freunde. Andererseits wurde durch die politischen Gegensätze gegen Ende der 1920er Jahre das Spannungsverhältnis in Linz wieder angeschärft. Heimwehr- und Schutzbundführer mit Tendenzen zum Radikalismus (Richard Bernaschek bzw. Ernst Rüdiger Starhemberg) bildeten dafür die Basis, ebenso wie die erneute Verschärfung der Wirtschafts- und Versorgungslage.

Die Zuwanderung aus den ländlichen Regionen war häufig vom Typus her eine sogenannte Kettenmigration. Eine wesentliche Voraussetzung für diese war das Vorhandensein von Netzwerken. Auf deren Wirksamkeit in ökonomischer und kultureller Weise weist ein Schriftverkehr der Holzausfuhrstelle Wien mit oberösterreichischen Stellen im Jahre 1922 hin. Bei der Holzausfuhrstelle hatte die Gewerkschaft Beschwerde geführt, dass die Tischlerei und Möbelfabrik J. Haslinger in Linz zwei Maibäume mit Hilfe tschechischer Arbeiter aufgestellt habe. Nach den Angaben des Unternehmers beschäftigte

dieser auf Empfehlung seines Vorarbeiters, der österreichischer Staatsbürger sei und in dem jenseits der Grenze liegenden Heuraffl/Přední Výtoň wohne, aus dieser Gegend tatsächlich drei Männer. Sie seien wertvolle Fachkräfte. Ebenso aber beschäftigte er fallweise fünf Arbeiter aus St. Oswald und drei Arbeiter und eine Arbeiterin aus Guglwald, da die Frau des Vorarbeiters von dort stamme. Beide Orte befinden sich im Mühlviertel. Alle jene Beschäftigten würden zur großen Zufriedenheit arbeiten und seien bei der Beschaffung von Holz eine große Hilfe.³²⁰ Auf die Netzwerke in Oberösterreich und die daraus resultierenden kulturellen Implikationen für die Landeshauptstadt hat bereits auch Hans Commenda seinerzeit in der ihm eigentümlichen Terminologie der „Volkskunde der Stadt Linz“ hingewiesen: „Jeder neue Linzer, der vom Land herein in die Stadt zieht, bringt auch einen prallen Rucksack voll ländlichen Erbgutes mit. Dieses Volksgut stammt aus den ländlichen Gemeinschaften. Solange diese in der Stadt weiterbestehen, lebt auch ihr Brauchtum weiter. Zumindest bewahren seine einstigen Träger noch die Erinnerung daran und geben diese an das nächste Geschlecht weiter. Ebenso bleiben sie mit den Verwandten auf dem Lande in Fühlung und so mit dem ländlichen Wesen in Verbindung.“³²¹

Netzwerke, Beziehungen, Klientelverhältnisse und ein Fortwirken ländlicher Lebenswelten waren nicht nur auf den nördlichen Landesteil, das Mühlviertel und die südböhmische Grenzregion, beschränkt, sondern erstreckten sich auch auf die anderen oberösterreichischen Viertel. In diesem und anderen Beispielen zeigt sich auch, dass für die hier angesprochene Migrantengeneration die Zentralität der Stadt Linz für das Leben der Betroffenen noch wenig gesichert war, ungeachtet dessen, wo sich der laut Meldezettel definierte „Mittelpunkt der Lebensbeziehungen“ befand. Im Falle der Zuwanderer kam es zu merkbaren Schnittstellen zwischen ländlichen und städtischen Lebenswelten, die in der Zwischenkriegszeit auf vielen Gebieten territorial und politisch noch klar gezogen waren.³²²

Die im Hausruckviertel geborene Linzerin Gertrude Pfatschbacher erinnert sich: „Meine Eltern sind von Wolfsegg 1922 nach Linz gezogen, mit mir als kleinem Kind. Der Vater kam eigentlich aus Altenhof, einem Dorf in der Nähe von Wolfsegg, vom Hof, der Hofname war Kemptner, und er war ein uneheliches Kind des Bauern. Altenhof ist in der Nähe von Wolfsegg, und er hat in Linz in der Direktion der Wolfsegg-Traunthaler als Chauffeur eine Anstellung erhalten. Aber meine Eltern hatten keine Wohnung und nach dem Krieg war in Linz so eine große Wohnungsnot und mein Vater hat da eine gekannt aus Altenhof, sie hat in Linz eine Wohnung gehabt, in der Gürtelstraße. Und, sie hat gesagt, dass sie ihm die Wohnung überlässt, wenn ihr Mann eine Anstellung bei der Wolfsegg-Traunthaler bekommt [...] Das ist dann so geschehen, und meine Eltern sind dann mit mir in die Gürtelstraße in Linz eingezogen und das war in der Nähe der Kraussfabrik und in der Nähe, das war eine ganz arme Gegend, da waren Baracken und Hütten und Barackenbewohner, und dann sind extra eine Frau und ein Mann, das waren Bettelmusikanten, die Frau mit der Gitarre, die haben so G'stanzln gesungen, die sind extra zu uns in den vierten Stock, weil meine Mutter, meine Mutter, da haben sie gewusst, dass sie ein paar Groschen bekommen. [...] Aber meine Eltern, wir waren auch viel auf dem Land, in Bad

Hall, wo der Großvater war, im Hausruckviertel, wir waren oft, vor allem mein Vater, wir waren schon auch viel auf dem Land. [...] Eines Tages ist der Halbbruder von meinem Vater gekommen und hat ihn gebeten, dass er ihm, ich glaube 700 Schilling leiht oder gibt, eine Kuh ist ihm eingegangen, und er braucht eine neue Kuh, er will sich um das Geld eine Kuh kaufen [...] und dann hat ihm mein Vater das Geld gegeben und hat gesagt, bringst uns halt a paar Mal Eier, oder andere Sachen vom Hof, er hat sich aber gar nicht mehr anschauen lassen.“³²³

Die ländlichen Traditionen stellten zum einen eine Gegebenheit dar, zum anderen waren sie auch Gegenstand von Debatten, zum Beispiel im Jahre 1921, als sich hinsichtlich der in den Bauernhäusern noch lange üblichen Hausordnung eine Debatte entspann. Die Diskussion um den Betzwang dauerte bis in die 1930er Jahre an. Das Beispiel zeigt auch, wie unterschiedlich ländliche und urbane Lebenswelten gestaltet waren. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hafner hielt dabei unter anderem fest: „Wir verstehen, dass der landwirtschaftliche Arbeitnehmer, wenn er im Hause des Landwirtes lebt, wenn er dort wohnt, isst und schläft, wenn er also gewissermaßen zur Familie des Bauern gehört, sich an die Gepflogenheiten und Gebräuche des bäuerlichen Haushaltes zu halten haben wird. Unter dem Titel einer Hausordnung jedoch könnte der bäuerliche Dienstherr von seinen Leuten Dienste verlangen. [...] Ich habe den Antrag gestellt, die Hausordnung dürfe wenigstens die Gewissensfreiheit und die staatsbürgerlichen Rechte nicht beeinträchtigen. [...] Die Bauern im Ausschuss haben sofort herausgefunden, dass es sich hier um das Beten handelt (Zwischenruf links: „Rosenkranz beten“), einen Brauch, auf den sie viel geben und der bei uns in Oberösterreich überall stattfindet, vor Tisch und nach Tisch und beim Essen und gegen den wir auch, was ich mit allem Nachdruck sage, hier nicht ankämpfen und den wir nicht antasten wollen [...] wogegen wir aber ankämpfen, das ist der Zwang zum Beten.“³²⁴

Eine kuriose Aufzeichnung befindet sich im Österreichischen Staatsarchiv in Wien. In diesem Dokument wird die Kontinuität obrigkeitsstaatlichen Denkens dokumentiert. Der Akt beinhaltet einen Brief der Bezirkshauptmannschaft Braunau an die Industrielle Bezirkskommission (IBK) Linz aus dem Jahre 1923. Darin lehnte die Braunauer Polizeibehörde die Forderung des damaligen Landesarbeitsamtes ab, die örtliche Gendarmerie einzusetzen, um „Innviertler Bauern“ daran zu hindern, nach Linz zu fahren und in den Fabriken nach Arbeit zu suchen. Ziel der Intervention der IBK und Hintergrund des Wunsches nach dem Einsatz polizeistaatlicher Mittel war die Verhinderung eines weiteren ländlichen Zuzugs aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nach Linz. Dieses Ansinnen war der gesetzlichen Lage im westlichen Nachbarland Bayern geschuldet, wurde aber von der Braunauer Polizeibehörde mit dem Hinweis auf die unterschiedliche Rechtslage zurückgewiesen: „Solange nicht, wie in Bayern, ein ausdrückliches gesetzliches Verbot der Verwendung landwirtschaftlicher Arbeiter in Industriebetrieben erlassen wird, ist jede Intervention unnütz, da das Gesetz von Angebot und Nachfrage auch den Arbeitsmarkt beherrscht.“³²⁵

Der Prozentanteil der ländlichen Zuwanderer, die nach Linz zogen, blieb über die Zwischenkriegsjahre bis zum „Anschluss“ ziemlich konstant. Dies traf vor allem auf die

oberösterreichischen Nahwanderer zu, nicht aber auf jene, die aus den südböhmischen Dörfern nach Linz kamen. Im Rahmen der Volkszählung von 1923 wurden Zahlen zur regionalen und lokalen Struktur der Zuwanderung nicht ausgewertet. Dies war auch bei der Volkszählung 1934 nicht der Fall. Allerdings erlaubt die Wanderungsstatistik nach politischen Bezirken den Schluss, dass die Abwanderung aus den Dörfern, insbesondere aus jenen des Mühlviertels, zugenommen hatte. Die Stadt Linz wies nach dieser Statistik im Zeitraum 1923 bis 1934 als einziger politischer Bezirk Oberösterreichs ein kräftiges Wanderungsplus aus (8.655 Personen bzw. 8,5 Prozent der Bevölkerungsgrundzahl von 1923). Hingegen hatte im politischen Bezirk Freistadt die Bevölkerung um 5.302 Personen (10,7 Prozent), im Bezirk Rohrbach um 4.264 (8,5 Prozent), im Bezirk Perg um 2.168 (5,2 Prozent) und im Bezirk Urfahr um 1.325 Personen (3,2 Prozent) abgenommen. Daneben wiesen auch die Innviertler Bezirke Ried (2.638, 5,4 Prozent) und Braunau (4.208, 6,6 Prozent) erhebliche Wanderungsverluste auf. Vergleichsweise hohe Wanderungsverluste korrelierten mit hohen Geburtenüberschüssen.³²⁶

Den Ergebnissen der Volkszählung 1923 ist zu entnehmen, dass eine Mehrheit der aus den ländlichen Regionen zuwandernden Bevölkerung aus Frauen und Mädchen bestand. Bei jenem Teil der Linzer Bevölkerung, deren Geburtsort zwar in Oberösterreich, nicht aber in Linz selbst lag, zeigte sich ein Verhältnis von 46,8 Prozent (männlich) zu 53,2 Prozent (weiblich). Bei den von außerhalb Oberösterreich Zugewanderten gestaltete sich das Verhältnis mit 49,9 Prozent zu 50,1 Prozent deutlich ausgewogener. Wie aus der Zählung hervorgeht, heirateten zugewanderte Frauen überdurchschnittlich häufig in Linz beheimatete Männer. 47,2 Prozent der in der Berufsstatistik ausgewiesenen Hausfrauen stammten aus oberösterreichischen Gemeinden, 32,0 Prozent aus Gemeinden außerhalb Oberösterreichs (Österreich, Ausland) und 20,8 Prozent aus Linz.³²⁷ Schließlich wurden 59,1 Prozent der (fast ausschließlich weiblichen) Dienstboten in oberösterreichischen Gemeinden geboren, 22,7 Prozent in Gemeinden außerhalb Oberösterreichs (Österreich, Ausland) und 18,2 Prozent in Linz. Von insgesamt 49.411 Personen weiblichen Geschlechts waren nach der Volkszählungsstatistik 21.160 bzw. 42,8 Prozent mit der Verrichtung häuslicher Dienste beschäftigt, sei es als „Hausfrauen“ oder „Dienstboten“; rund 50 Prozent dieser Gruppe stammten aus oberösterreichischen Landgemeinden, 30 Prozent aus Gemeinden außerhalb Oberösterreichs (Österreich, Ausland) und 20 Prozent aus Linz.³²⁸ Die im Alpenländischen Morgenblatt veröffentlichten Daten des Kommunalstatistischen Amtes aus dem Jahre 1931 bestätigen den Trend von 1923: Eine knappe Mehrheit der aus den Ortsgemeinden Oberösterreichs Zuwandernden war weiblich.³²⁹

Der nachhaltige Zustrom von Frauen und Mädchen nach Linz ist im Kontext der unterprivilegierten Lebensverhältnisse eines Teils der weiblichen Population in den Landgemeinden Oberösterreichs, insbesondere aber des Mühlviertels, zu sehen. Der oberösterreichische Landeskulturrat hielt bereits am Vorabend des Ersten Weltkriegs zu den Lebensverhältnissen der Dienstboten fest: „[...] daß vom sanitären Standpunkte insbesondere die Schlafräume der Dienstboten im Mühlviertel als sehr ungünstig bezeichnet werden müssen. Der gebräuchliche Ausdruck ‚Menscherkeller‘ deutet darauf hin, dass

es sich häufig um unterirdische Räume handelt: diese besitzen in der Regel, um das Eindringen der Kälte zu verhindern, nur ein Fenster, welches nie geöffnet wird, vielmehr dicht verschlossen bleibt. Der Fußboden ist meist gestampfte Erde [...]“³³⁰ Im Jahre 1929 entsandte die (sozialdemokratische) Frauenzeitschrift „Die Unzufriedene“ mit Sitz in Wien einige Berichterstatte in das obere Mühltviertel. In der Nähe von Seitelschlag stießen sie auf die Inwohner eines kleinen Häuschens, die als Leinenweber arbeiteten, sowohl der Mann als auch die Frau waren krank. Der Journalist Laurenz Genner, der später, zu Beginn der Zweiten Republik, als Staatssekretär fungierte, beschrieb eine abgearbeitete, ältere Leinenweberin im Rahmen der Sozialreportage: „Sie weint und klagt: ‚Tog und Nocht hob i mei Lebto' g'orbeit, um zwoa in da Nocht bin i in'd Orbeit furtgonga und hob mi nit g'fürcht, unser Herrgod woaß, wos i g'opfert und g'orbeit hob. I bin scho amoi recht mog'nkronk gwen und hob fürchterlichi Schmerz'n ghobt, do hot da Dokta gsogt, i soll auf Linz, i hon gsogt, i bin in koana Kronk'nkassa nit und hob koa Göd nit und s'is a so a wieder besser word'n.‘ [...] Dann erzählt sie, dass sie einmal viel Geld durch ihre Arbeit, durch ihre Rackerei, erworben haben, 400 Kronen! Der Krieg hat sie gefressen [...] Ein Sohn kommt mit seiner hübschen, jungen Frau zur Tür herein. Er ist ein arbeitsloser Steinmetz. Nun will er mit seiner Frau nach Amerika fahren, wo die Brüder der Frau leben.“³³¹

Schließlich wurde in einer weiteren Sozialreportage der „Unzufriedenen“ der Fall einer Mühltviertler Fabriksarbeiterin dargestellt. Die Frau war geschieden, hatte ein uneheliches Kind und war arbeitslos. Sie ging mit einem neuen Partner eine Beziehung ein und zog bei diesem, im Raum Linz wohnhaft, ein. Darauf befand die dafür zuständige Industrielle Bezirkskommission (Arbeitsamt), dass die gesetzlich erforderliche Notlage nicht gegeben sei und entzog der Frau die Arbeitslosenunterstützung. Ein Rekurs wurde eingereicht, es dauerte allerdings üblicherweise einige Monate, bis die Angelegenheit bearbeitet wurde: „Sie wendete sich, da keine Aussicht, Arbeit zu bekommen, vorhanden ist, an ihre Heimatgemeinde Leopoldschlag im Bezirk Freistadt, unteres Mühltviertel, in Oberösterreich, um eine außerordentliche Unterstützung, weil sie von den 25 S Alimenter, die sie vom Kindesvater bezieht, ihr Kind nicht erhalten kann. Aber der Armenausschuss der Gemeinde Leopoldschlag wies sie ab. Sie wendete sich nun mit der Bitte, ihr eine Unterstützung zu gewähren an den Gemeindeausschuss Leopoldschlag, wo sie ja beheimatet ist. Der Gemeindeausschuss hat aber auch ihre Bitte abgelehnt, unter Hinweis, dass die Gemeinde nur im Besitze einer Abschrift des dort amtlich ausgestellten Heimatscheines vom Jahre 1913 ihres geschiedenen Gatten ist [...] Weiter meint der Gemeindeausschuss, geht es nicht an, gesunde, junge Personen, weil sie jung heiraten und sich dann wieder scheiden lassen, zu unterstützen.“³³² Mangelnde Lebensperspektiven ebenso wie ein nachhaltig zu verspürender Konformitätsdruck bildeten den Hintergrund der verstärkten Abwanderung von jungen Frauen aus ländlichen Gemeinden im Zeitraum zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und den frühen 1930er Jahren. Aus den späten 1920er und den beginnenden 1930er Jahren stammen einige Quellen, die auf Konflikte soziokultureller Art zwischen Zuwanderern (aus dem Mühltviertel und grenznahen südböhmischen Orten) und autochthoner Stadtbevölkerung hinweisen. So

hieß es in einem Antwortbrief des Magistrats der Stadt Linz auf einen Beschwerdebrief im Jahre 1928: „Die in den beiden angesprochenen Häusern wohnenden Männer und Familien [...] sind mit einer Ausnahme alle in Österreich heimatberechtigt. Sie stammen aus dem Mühlviertel.“ Es gebe keine gesetzliche Handhabe gegen die Zuwanderer. Ferner geht aus dem 1928 geführten Briefwechsel hervor, dass einige der Bewohner der Häuser in der Sandgasse in den Ringbrotwerken arbeiteten und sich lautstark beschwert hatten, dass sie dort „die schlechteste Arbeit hätten“. Dies deswegen, weil der Vorarbeiter sich über die langsame Arbeitsweise beschwert hatte. Dabei würden sie (die aus dem Mühlviertel und aus den deutschsprachigen Randgebieten der Tschechoslowakei stammenden Arbeiter) doch länger und genauer arbeiten.³³³ Ein ähnlicher Konfliktfall ereignete sich 1932 in der Firma Graumann & Söhne in Traun. Webereiarbeiter aus dem Mühlviertel wollten die Möglichkeit haben, länger arbeiten zu können, ohne diese Zeit als Überstunden bezahlt zu bekommen, sie forderten auch längere Pausen. Da der Firmeninhaber geneigt war, diesen Arbeitern entgegenzukommen, protestierte die Gewerkschaft dagegen und sprach sich gegen „diese Eigenbrötelei der aus den Dörfern kommenden Arbeiter“ aus.³³⁴

Diese Textpassagen sprechen einen kulturellen Unterschied an, der mitunter in der Arbeitswelt zu einem relevanten Faktor wurde. Dieser Unterschied bestand in der Tatsache, dass in agrarisch strukturierten Sozialgefügen ein anderes soziales Zeitmuster vorherrschte als in hochindustrialisierten. Der Unterschied manifestierte sich demgemäß als Unterschied in der Zeiterfahrung zwischen einer Arbeiter- bzw. Angestelltenpopulation, die bereits seit ein, zwei Generationen an industrielle Arbeitsprozesse gewöhnt war, und Neuzuwanderern aus dem Mühlviertel bzw. aus Südböhmen, die mit den Lebensrhythmen einer agrarisch strukturierten Welt vertraut waren. Landwirtschaftliche Tätigkeiten unterliegen in ihrer zeitlichen Gliederung dem zyklischen Rhythmus der Natur, dem Wechsel von Jahreszeiten und Vegetationsperioden, von Tag und Nacht. Diese verleihen der Lebens- und Alltagswelt in agrarischen Gesellschaften ihre besondere Gestalt. Diese spezifische Natur- und Lebensbezogenheit der Arbeit erzwang eine zeitliche Gliederung des Tages, der Wochen und des Jahres, die sich letztlich nicht nach Uhren, sondern nach der „Logik des Notwendigen“ (E.P. Thompson) richtete.³³⁵ Deshalb konnten auch Zeiten der Arbeit und Zeiten der Muße nicht regelmäßig und streng voneinander getrennt werden.³³⁶ Es ist auch ein Spezifikum der landwirtschaftlichen bzw. auch der handwerklichen Produktion, dass Phasen langsamer Arbeit oder längerer Rast durch Phasen intensiver und länger andauernder Arbeit kompensiert werden können.

Vorurteile und Vorbehalte von Städtern gegenüber Zuwanderern aus ländlichen Regionen wurden auch evident im Zusammenhang mit der politischen Radikalisierung in der Ersten Republik. Nach einem Aufmarsch von 6.000 politisch weit rechts stehenden Heimwehraktivisten, die in erster Linie aus ländlichen Regionen kamen, äußerte sich 1929 der sozialdemokratische Landeshauptmannstellvertreter Josef Gruber offen despektierlich über ländliche Regionen und deren Bewohner – wörtlich hieß es: „Mit denen werden wir schon fertig“ bzw. „Die Mühlviertler können uns in Linz gestohlen

bleiben.“³³⁷ Zumindest in Linz war bereits 1930 und 1931 die politische Situation im Zusammenhang mit der Heimwehr äußerst zugespitzt.

Der Linzer Bürgermeister Gruber beleidigte den Vorsitzenden der Christlichsozialen Partei am 6. November 1930 öffentlich: „Sie sind eine Dreckpartei, eine Saupartei sind sie, die nicht wert ist, dass sie angespuckt wird.“³³⁸ Die Spannungen beschränkten sich nicht nur auf die Eliten der Parteien, sondern setzten sich bei den einfachen Parteigängern oder Sympathisanten fort. In Wirtshäusern in Linz, aber auch in Steyr kam es oftmals zu Beschimpfungen, die zwar in erster Linie den politischen Konflikt zum Inhalt hatten. Aus der Art der Verbalinjurien kann allerdings geschlossen werden, dass auch der Gegensatz Stadt – Land dabei eine Rolle spielte.³³⁹ Die Polizei selbst wurde ebenfalls zum Zankapfel der politischen Parteien. Das sozialdemokratische Tagblatt kritisierte heftig die Personalpolitik des zuständigen Polizeidirektors Scholz, der in Linz angeblich in erster Linie Bauernburschen einstellte. „Scholz muß weg“, war damals eine zentrale Forderung der lokalen Sozialdemokratie.³⁴⁰ Es ist ferner darauf hinzuweisen, dass in den 1920er Jahren, dem Beispiel des „Roten Wien“ folgend, versucht worden war, das urbane Profil der Stadt Linz zu schärfen: Massentheater, eine Art Klangwolke, eine Avantgarde-Bühne, ein neues Premieren-Kino waren diesem Ziel dienlich. Ländliche Zuwanderer aus dem Heimwehrmilieu wurden demgegenüber als Störfaktor angesehen.³⁴¹

Im Zusammenhang mit dem Heimatrecht existierte in Oberösterreich ein Ausweisungsrecht, das in den 1930er Jahren zunehmend in Diskussion geriet. Nach § 9 der Oberösterreichischen Gemeindeordnung war es möglich, nicht zuständige (nicht heimatberechtigte) Personen aus einer Gemeinde wegen Landstreicherei, Bettelei, Diebstahls oder wegen eines begangenen Verbrechens auszuweisen. Man konnte auch Inländer ausweisen. Ferner war die Handhabe zur Ausweisung gegeben, wenn jemand oder seine Angehörigen einen bescholtenen Lebenswandel führen oder der Fürsorge zur Last fallen. Im oberösterreichischen Landtag wurde jedenfalls schon 1925 ein Antrag auf Abänderung der Gemeindeordnung gestellt: „Der Ausweisungsparagraph (§ 9) enthält insofern eine allzu große Härte, als Auswärtige und Gemeindegensossen schon wegen einer einzigen im Gemeindegebiete begangenen Übertretung des Diebstahls aus der Gemeinde ausgewiesen werden können. Es ereigneten sich Fälle, daß Leute wegen Holzsammelns, was nur aus purer Armut geschah, gerichtlich wegen Holzdiebstahls verurteilt und daraufhin aus ihrer Wohngemeinde ausgewiesen wurden. Schon die Ausweisung an sich bedeutet für solche eine ganz ungerechtfertigte Strafverschärfung, sie wird aber in Anbetracht der großen Wohnungsnot für manche derartige Familie direkt zum Ruin.“³⁴² Der Antrag gegen den Ausweisungsparagraphen wurde von der Landtagsmehrheit abgelehnt.³⁴³

Die Sozialdemokratische Partei monierte, dass in Landgemeinden immer wieder aus den Städten stammende Arbeiter wegen Lappalien ausgewiesen würden. Die sozialdemokratisch verwalteten Städte in Oberösterreich würden demgegenüber niemanden ausweisen. Als Drohung soll die Ausweisung auch in Linz und Steyr im Jahre 1931 des Öfteren eingesetzt worden sein.³⁴⁴ Der Zeitpunkt der möglichen Ausweisungsandrohung war kein

Zufall. Mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 1929/30 in Oberösterreich kam die Praxis der Herbstentlassung des landwirtschaftlichen Gesindes zur vollen Entfaltung. Der Bauer, der die Magd oder den Knecht im Herbst entließ, dachte betriebswirtschaftlich, sah in ihm nur mehr die Arbeitskraft und legte die traditionelle Reziprozitätsverpflichtung Bauer-Knecht ab. Gleichzeitig waren die überregionalen sozialen Sicherungsmaßnahmen nicht entwickelt, eine Arbeitslosenversicherung für Dienstboten existierte nicht. Der gesamte Bereich des landwirtschaftlichen Gesindes, das in Oberösterreich eine gesellschaftliche Großgruppe darstellte, lag weit unterhalb der üblichen sozialen Standards.³⁴⁵ Auf vagabundierendes Gesinde, teilweise als Zigeuner bezeichnet, aber auch auf andere mobile Gruppen, die versuchten, durch Hausierhandel Geld zu verdienen, zielte die 42. Verordnung des Landeshauptmannes vom 4. Oktober 1930 ab. Im Original heißt es, „betreffend das Verbot des Feilbietens von Haus zu Haus und auf der Straße von dem täglichen Verbräuche dienenden Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft.“³⁴⁶ Das Feilbieten von Obst und Gemüse durch ambulante Händler war demnach bis 31. Dezember 1933 verboten. Als Grund wurden „sanitäre und marktpolizeiliche Rücksichten“ angegeben. Die Verordnung galt nicht für Produzenten, also nicht für Bauern. Übertretungen wurden nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung bestraft.³⁴⁷ Während der Krisenjahre ab 1929 sollte, wie bereits erwähnt, die Zahl der aus der Tschechoslowakei stammenden Arbeitnehmer vorübergehend ansteigen. 1930 wurden in Oberösterreich insgesamt 2.470 Saisonarbeiter gezählt. 1.332 davon waren Ausländer, in erster Linie Slowaken, die auf den Zuckerrübenfeldern des oberösterreichischen Zentralraumes arbeiteten.³⁴⁸ Die slowakischen Arbeitskräfte kamen in Arbeitstrupps, arbeiteten um Akkordlöhne, nahmen längere Arbeitszeiten in Kauf und schliefen meist in Scheunen. Sie bildeten für die einheimischen Arbeitskräfte eine erhebliche Konkurrenz. Infolge des Engagements slowakischer Saisonarbeiter wurde auch der Zuzug oberösterreichischer Landbewohner nach Linz verstärkt, da die arbeitslosen Landarbeiter hofften, in Linz bessere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt vorzufinden.³⁴⁹ Während der größten Krise auf dem österreichischen Arbeitsmarkt waren 1931 1.815 und 1932 immerhin noch 1.189 (tschecho)slowakische Wanderarbeiter in Oberösterreich tätig.³⁵⁰ Auch 1933, 1934 und 1935 wurden tschechoslowakische Wanderarbeiter beschäftigt.

Die Jahre 1933 und 1934, die das Ende der parlamentarischen Demokratie in Österreich markierten, setzten nicht nur machtpolitische Markierungen in Österreich, sondern auch migrationspolitische. Zum einen wurden heimatrechtliche Bestimmungen verschärft, zum anderen hatte sich die gesamte Balance zwischen „Stadt“ und „Land“ in einem sehr spezifischen Sinn verändert. Zwei Personen markieren den Paradigmenwechsel deutlich. Bundesweit war es Engelbert Dollfuß, in Oberösterreich der von ihm protegierte Kriegskamerad Heinrich Gleißner. Dollfuß wurde 1932 österreichischer Bundeskanzler. Seine persönliche politische Philosophie folgte bäuerlichen Werten. In seiner bekannt gewordenen und oft zitierten Rede am Katholikentag 1933 erklärte er die bäuerliche Tischgemeinschaft – „wo der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch, aus der gleichen Schüssel seine Suppe ißt“ – zum

Modell der österreichischen Gesellschaft.³⁵¹ „Herr und Knecht“ – mit diesem Muster einer gesellschaftlichen Beziehung stand Dollfuß sowohl im Gegensatz zu bürgerlich-urbanen Akademikern als auch – in noch wesentlich stärkerem Ausmaß – zur Sozialdemokratie und zur Kommunistischen Partei. Und in Hinblick auf die agrarische Lebenswelt galt es zu differenzieren: Teile der unterbäuerlichen Schichten, Gesinde, Dienstboten, das Landproletariat waren häufig nicht dem Dollfuß-Lager zuzurechnen.³⁵² Im Februar 1934 waren diese Gruppen auch mit speziellen Mobilitätsverboten konfrontiert. In der Gendarmeriechronik des Postens Hörsching wurde festgehalten: „12.2.1934. Es wurde sogleich mit dem Heimwehr-Ortsschutz Hörsching und Oftering das Einvernehmen hergestellt und mit den 25 HW-Männern die Hauptkommunikationen, Eisenbahn, Bundesstraße mit Kabel, Elektrizitätswerk, Postamt sowie sonstige wichtige Objekte intensiv abpatrouilliert bzw. überwacht. Am 15.2. wurden von der H.W.-Landesführung in Linz noch 18 HW-Männer hierher kommandiert und [es] konnte daher der Überwachungsdienst schärfer durchgeführt werden. Insbesondere wurde der Zuzug nach Linz unterbunden und darunter hauptsächlich die Arbeitslosen zurückgewiesen.“³⁵³

Mit dem politischen Aufstieg von Engelbert Dollfuß nahm der Einfluss bäuerlich-katholisch-ständischer Ideen zu und wirkte sich auch auf das Bundesland Oberösterreich aus. Bereits zu Beginn der 1930er Jahre begann Dollfuß auch in Oberösterreich jene gesellschaftlichen Kräfte, die Bauernschaft und Großgrundbesitz repräsentierten, zu stärken. Im Februar 1934 eskalierte der politisch-kulturelle Konflikt nicht zufällig in Linz und in der Eisenstadt Steyr. In den beiden Städten traf die auf Urbanität und auf das Vorbild des „Roten Wien“ ausgerichtete Politik der Sozialdemokratie auf die an der groß- und mittelbäuerlichen Vorstellungswelt orientierte Politik von Engelbert Dollfuß. Schon rein demographisch war Linz zu einem großen Konfliktfeld geworden, als eine starke und permanente Zuwanderung aus den ländlichen Regionen die auf mehr Urbanität ausgerichteten lokalpolitischen Bestrebungen unterminierte. Nach dem Ende des Februaraufstands des Jahres 1934 wurde mit Gleißner auch in Oberösterreich ein Landeshauptmann eingesetzt, der den politischen Bestrebungen der Agrarwirtschaft entsprach. So gesehen war das Verhältnis „Stadt“ versus „Land“ in Oberösterreich in der ersten Hälfte der 1930er Jahre neu formuliert und im Februar 1934 entschieden worden. Dollfuß hatte seinen Freund und Kartellbruder Gleißner bereits im Herbst 1933 zum oberösterreichischen Landesführer der Vaterländischen Front und zum Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium gemacht. Am Rücktritt des gewählten christlichsozialen Landeshauptmanns Josef Schlegel im Februar 1934 war neben Dollfuß auch Gleißner aktiv beteiligt, am 1. März 1934 wurde er selbst dessen Nachfolger.³⁵⁴ Bundeskanzler Dollfuß wurde am 25. Juli 1934 in Wien von nationalsozialistischen Aufständischen ermordet. Auch in Oberösterreich kam es damals zu schweren und blutigen Auseinandersetzungen, der NS-Putschversuch wurde niedergeschlagen. Der Linzer Bischof ordnete am 28. Juli das Läuten aller Kirchenglocken an. Am 29. Juli folgte – nicht zufällig – eine religiöse Trauerfeier für Dollfuß in der Linzer Synagoge.³⁵⁵

Anti-Urbanität, Bettelmigration und „Landstreicherei“

Parallel zur verstärkten Abwanderung aus dem ländlichen Raum im Gefolge der schweren Wirtschaftskrise ab 1929 ließen sich im Städtebau europaweit antiurbane Tendenzen festmachen. Im Raum Linz wurden ab Dezember 1932 etliche „Randsiedlungsaktionen“ eingeleitet. Darunter ist die Errichtung von Stadtrandsiedlungen auf billigen Grundstücken und in einfacher Ausführung zu verstehen.

Ab 1933 bzw. 1934 – nunmehr im Kontext des „Ständestaats“ – zeigte sich eine deklarierte ideologische Absicht: Reagrarisierung und Eigentumsbildung. Diese Eckpunkte wurden von konservativer Seite als Beitrag zur Krisenlösung begriffen und auch auf den urbanen Raum übertragen. Während der Wirtschaftskrise hatte sich in den 1930er Jahren bis zur Zäsur des Nationalsozialismus im Norden, Osten und Süden der Stadt ein Kranz von Kleinhaussiedlungen, Behelfsgebäuden und Barackensiedlungen gebildet.³⁵⁶ Die in diesem Zusammenhang häufig angesprochene Siedlung „Im Hühnersteig“ in Linz-Ost, am Rande des heutigen Hafenviertels, wurde großteils von verarmten Zuwanderern aus ländlichen Regionen bewohnt, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten nach Linz gekommen waren.³⁵⁷ Ein definitives Neubauprojekt aus der Zeit des „Ständestaats“ war die „Fürsorgesiedlung Schörghenhub“. Die Siedlungswerber waren Dauerarbeitslose mit größeren Familien, darunter viele Zuwanderer und Zuwanderinnen. Diese sollten durch Kurzarbeit, Saisonarbeit oder Fürsorgearbeit zumindest einen Teil ihrer Lebenshaltungskosten decken, ferner war Kleintierhaltung ebenso wie ein eigener Obst- und Gemüseanbau vorgesehen. Von 1934 bis 1937 wurden in Linz-Süd 180 Doppelhäuser mit je 1.000 m² Grund errichtet.³⁵⁸ Es handelte sich dabei um ein Musterprojekt, das einen definitiven Bruch mit der urbanen Planungspraxis der Stadt Linz markierte.³⁵⁹ In einer älteren, gründlich recherchierten Arbeit hat Norbert Ortmayr festgestellt, dass die desolaten Lebensverhältnisse der unterbäuerlichen Schichten und der nachhaltige Bruch der bisherigen Traditionen in den 1930er Jahren zur Empfänglichkeit nationalsozialistischer Propaganda beitrugen.³⁶⁰ Dies betraf weniger die klassischen bäuerlichen Schichten, deren ältere Angehörige etwa im Mühlviertel häufig eine ausgeprägte Distanz gegenüber den Nationalsozialisten erkennen ließen, sondern unterbäuerliche Schichten und die Gruppe der aus ihren Heimatorten Abwandernden. In einer Studie wurde nachgewiesen, dass Arbeitslose und Arbeiter, insbesondere mit Geburtsort außerhalb von Linz, im Rahmen einer Erhebung der Sozialstruktur illegaler Nationalsozialisten (Parteiintritt vor März 1938) stark überrepräsentiert waren. 80 Prozent der registrierten Parteimitglieder in Linz – Beitritt vor 1938 – waren nicht in Linz geboren.³⁶¹ Dies traf insbesondere auch auf Führungspersönlichkeiten zu: Der langjährige Landesvorsitzende und Linzer Gemeinderat Alfred Proksch stammte aus Larischau bei Ostrau/Ostrava in Mähren, sein Nachfolger Andreas Bolek lebte erst seit 1919 in Linz, er war in der Nähe von Lemberg/Lwow in Galizien geboren worden.³⁶² Auf der Basis von Polizeiberichten und anderen Materialien kann festgestellt werden, dass auch aus dem ländlichen Raum in Oberösterreich stammende Burschen und Männer aus den Unterschichten bei

den NS-Aktivisten, den operativ tätigen „Illegalen“, stark vertreten waren. Obwohl der NS-Putsch im Juli 1934 in Wien bereits gescheitert war, machte sich die oberösterreichische SA unter dem Brigadeführer Ludwig Commenda in der Nacht vom 25. auf 26. Juli in mehreren Linzer Gasthöfen bereit zum Losschlagen. Eine besondere Rolle sollten dabei die Linzer SA-Standarte 14 und der SA-Sturmbannführer Heinrich Lettner spielen. Commenda stammte aus Grein, Lettner aus Windischgarsten; beide lebten in Linz. Die bewaffneten Putschisten waren vom 25. bis 27. Juli aktiv, sie versuchten in erster Linie Straßen abzuriegeln. Thomas Dostal hat die Sozialstruktur der Putschteilnehmer der Linzer SA-Standarte ermittelt und spricht von einem „nichturbanen, stark landproletarisches Sozialprofil“. Von der Gendarmerie wurden 71 Teilnehmer ermittelt, davon waren 29 gewerbliche Hilfsarbeiter, Handwerkergehilfen und Bauarbeiter, 16 Personen landwirtschaftliche Hilfsarbeiter und Knechte, 13 Personen Bauernsöhne, sechs Personen Arbeitslose, vier Personen Bauern und drei Personen Handelsangestellte. Von den ausgeforschten Personen waren mehr als ein Drittel evangelischer Konfession.³⁶³

Die Faktoren – Wirtschaftskrise, Herbstentlassungen, Konkurrenz durch ausländische Arbeitskräfte – motivierten ab 1929 verstärkt zur Abwanderung aus den ländlichen Regionen, wobei in Oberösterreich der Linzer Raum am ehesten Arbeitsmöglichkeiten versprach. Unter Herbstentlassungen war zu verstehen, dass Bauern ihre Knechte vom Hof schickten und nicht mehr wie bisher üblich am Hof „überwintern ließen“.³⁶⁴ Fallweise zogen diese ländlichen Unterschichten in ländlichen Regionen, aber auch im städtischen Großraum umher, man sprach denunzierend von einer „Bettlerplage“, selbst im amtlichen Schriftverkehr.³⁶⁵ Es wurden im Jänner 1932 in diesem Zusammenhang vom christlichen Landarbeiterbund mehrere Ausspeisungsstellen errichtet. Dessen Zeitschrift „Österreichischer Landbote“ hielt dazu fest: „Die Erscheinung, dass einige hundert Landarbeiter nach Neujahr trotz eifrigen Suchens keinen Posten finden konnten, hat uns veranlasst, Ausspeisungsstellen zu errichten, um diese Menschen nicht als ‚Bettler‘ herabzuwürdigen. Unsere arbeitslosen Mitglieder erhalten in den Ausspeisungsstellen [...] volle Verpflegung und auch Unterkunft.“³⁶⁶

Rasch sollte sich die Zahl herumziehender, aus ländlichen Regionen stammender Menschen vergrößern; im weiteren Sinn handelte es sich dabei um Armutsmigration im begrenzten Raum. In den Städten beklagten sich vor allem Unternehmer. In der Ortschronik von Ebelsberg wurde im Herbst 1933 festgehalten: „Die Marktgemeinde Ebelsberg bei Linz gibt zum Schutz gegen das Bettlerunwesen Wohlfahrtsscheine aus, die beim Gemeindeamte nach einer Kontrolle des Vorweisenden eingelöst werden.“³⁶⁷ Die größte Tageszeitung Tages-Post informierte zu diesem Thema im Juli 1934 über die Einführung einer sogenannten „Bettlerablöse“, an der sich Linzer Kaufleute und Handwerksmeister (auf freiwilliger Basis) beteiligen konnten. Dieser Aktion hatten sich bis dahin 127 Linzer Geschäftsleute angeschlossen, die pro Monat insgesamt 1.088 Schilling „Bettlerablöse“ an das Städtische Fürsorgeamt einbezahlten. In diesen Geschäftslokalen und Betriebsstätten würden Tafeln folgende Aufschrift tragen: „Betteln verboten! Hier werden weder Wohlfahrtsscheine noch Geldspenden verteilt, da wir zu Gunsten der Ar-

men monatlich als Spendenablöse einen Pauschalbetrag in der Höhe unserer bisherigen Einzelspenden an das Städtische Fürsorgeamt entrichten.“³⁶⁸

Durch die Wirtschaftskrise genötigt, versuchten viele Arbeitslose sich ihr Überleben durch Betteln und ähnliche Formen des Gelderwerbs zu verdienen. Grundsätzlich waren die Heimatgemeinden für die Armenfürsorge zuständig. Diese waren aber häufig finanziell nicht liquide. Die Heimatgemeinden konnten sogenannte Unterstützungsausweise ausstellen, in die dann Leistungen anderer Gemeinden eingetragen werden konnten. Die Rückforderung dieser Leistungen war zwar möglich, aber aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes nicht durchzusetzen. Personen ohne einen Unterstützungsausweis konnten aufgegriffen und zu Arrest (drei Tage bis sechs Wochen) verurteilt werden. Während der Diktatur des „Ständestaats“ wurden weitere Spezialmaßnahmen gegen „Bettelei und Vagabondage“ diskutiert. Betteln galt damals bereits als Tatbestand und war im sogenannten „Landstreichergesetz“ aus dem Jahr 1885 geregelt.³⁶⁹ Im Ministerrat der Regierung Schuschnigg vom 20. Februar 1935 wurde ausführlich über weitere gesetzliche Maßnahmen zur „Bekämpfung des Bettlerunwesens“ und die Unterbringung der Bettler in den „bestehenden Konzentrationslagern“ (so Bundeskanzler Schuschnigg) diskutiert, man entschied sich aber zehn Tage später gegen die Verabschiedung eines österreichweiten Bundesgesetzes hinsichtlich der Einrichtung von „Bettlerlagern“.³⁷⁰ In Oberösterreich war die Interessenslage jedoch offenbar in besonderer Weise determiniert. Hier verfolgte man die in Wien andiskutierten Pläne weiter. Grundlage dieser weitergehenden Pläne war ein bundesweites Gesetz, und zwar die Heimatgesetznovelle 1935 (BGBl. 199/1935), die eine verschärfte Kontrolle des „Landstreicherunwesens“ und „umherziehender Personen“ beinhaltete.³⁷¹

Jedenfalls wurde in Oberösterreich im August 1935 in Schlägen im Hausruckviertel ein spezifisches Anhaltelager für wegen „Landstreicherei und Bettelei“ Aufgegriffene fertiggestellt. Die Anhaltelhäftlinge mussten beim Bau der Nibelungenstraße Passau–Linz Zwangsarbeit leisten.³⁷² Franz Xaver Rohrhofer, dem wohl als Biographen die Person Heinrich Gleißners bestens vertraut ist, stellte einen eindeutigen Zusammenhang zwischen den Interessen der Bauernschaft in Oberösterreich, dem Handeln des Landeshauptmanns Gleißner und der Errichtung des „Bettlerlagers“ her. Rohrhofer spricht von „großer Befriedigung der Vertreter der Landwirtschaftskammer“ und der weiteren Verbundenheit des ehemaligen Bauernfunktionärs Gleißner zur Interessensvertretung der Bauern.³⁷³ In den Augen der oberösterreichischen Bauernfunktionäre wurde durch das Bettlerlager, folgt man Rohrhofer, „einerseits eine gewisse materielle Entlastung der Bauernschaft erreicht und andererseits blieben, was ihnen noch wichtiger schien, die oft allein zu Hause weilenden Bäuerinnen von Erpressung und Bedrohungen verschont“. Es ging der Landwirtschaftskammer darum zu verhindern, dass Arbeitslose von Hof zu Hof zogen und um ein Nachtquartier und um die Kost baten.³⁷⁴

Oberösterreich war das einzige Bundesland, in dem ein Bettlerlager errichtet wurde. Die Landesregierung Kärntens interessierte und informierte sich, verwarf diese Überlegung dann aber wieder. In Oberösterreich wurden landesweit sogenannte Bettlerrazzien durchgeführt, wobei 1935 rund 5.000 Betroffene perlustriert wurden. Sigrid Wadauer

hält zur Perzeption des Lagers fest: „Das in Schlögen eingerichtete Bettlerlager wurde in den Medien als vorbildlich, als „Hohe Schule“ der Arbeit gefeiert. Die nun in Österreich verbotene Arbeiter-Zeitung kritisierte es hingegen als Konzentrationslager für Arbeitslose.“³⁷⁵ Auf dem Areal des Lagers wurden vier Baracken, in denen die rund 200 Häftlinge untergebracht waren, und weitere Baulichkeiten zur Unterbringung des Wachpersonals errichtet. Umgeben war das Lager mit einem übermannshohen Stacheldrahtzaun. Dann wurde noch ein 20 Meter hoher Wachturm mit Scheinwerferbeleuchtung errichtet. Die Bewachung wurde anfänglich von Schutzkorpsmännern (Heimwehr) mit Hunden vorgenommen, ab 1. Mai 1936 wurde dafür eine eigene Gendarmerie-Expositur mit drei Gendarmen und sieben Mann Zivilwache eingerichtet.³⁷⁶

Am 22. Mai 1936 hatte das Bundeskanzleramt (Inneres) zur Länderkonferenz nach Linz eingeladen. Im Rahmen dieser Konferenz fand auch eine Besichtigung des Bettlerlagers in Schlögen statt. Der Sicherheitsdirektor von Oberösterreich, Peter Graf Revertera, sprach dabei über seine Vorschläge „zur Bekämpfung der Bettler- und Landstreicherplage“. Der monarchistisch eingestellte Schlossherr, Sohn eines Adligen, Heimwehrführer, Bauernbundfunktionär und Vizepräsident des Wald- und Grundbesitzervereins,³⁷⁷ präsentierte sich dabei als Mastermind hinter den Aktivitäten gegen „Bettelei und Landstreicherei“. Gernot Haupt hat einen Akt des Bundeskanzleramts, den „Sammelakt Bettlerlager“ genau untersucht und dabei den Bericht Reverteras vom Mai 1936 aufgefunden. Demnach wurden die Lagerinsassen bei systematischen „Landesstreifungen“ aufgegriffen. Aufgrund der Heimatgesetznovelle 1935 hatte der oberösterreichische Landtag genaue Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen beschlossen.³⁷⁸ Zum Zweck der Landesstreifungen: Es waren „ausnahmslos alle Bettler und Landstreicher, das sind jene Personen, die geschäfts- und arbeitslos umherziehen und nicht nachzuweisen vermögen, dass sie die Mittel zum Unterhalt besitzen oder redlich zu erwerben suchen (§ 1 des Gesetzes vom 24. Mai 1885) und arbeitsscheue Personen, welche die öffentliche Mildtätigkeit in Anspruch nehmen, sowie alle ausweis- und bestimmungslosen Individuen, welche kein Einkommen und keinen erlaubten Erwerb nachweisen können (§ 1 Abs. a lit. b. des Gesetzes vom 27. Juli 1871), anzuhalten.“ Ausländer und in anderen Bundesländern heimatberechtigte Personen waren „unnachichtig der schubpolizeilichen Behandlung zuzuführen.“ Sie mussten demnach abgeschoben werden. Schubhäftlinge hatten zu unterschreiben, dass sie nach einer eventuellen Rückkehr nach Oberösterreich unverzüglich ins Haftlager („Bettlerlager“) überstellt werden. Alle nach Oberösterreich zuständigen Personen, die bei einer solchen Razzia außerhalb ihres ständigen Wohnsitzes oder ihrer Heimatgemeinde aufgegriffen wurden sowie alle „Herbergengeher, die beim Bettel oder in betrunkenem Zustande angetroffen werden“, wurden zuerst in die Hauptschubstation Linz eingeliefert und in weiterer Folge in das „Haftlager“ verbracht. Anzuhalten seien weiters „alle Bettelmusikanten sowie alle unbefugten Hausierer und Agenten beiderlei Geschlechts“ sowie ferner auch jene Personen, die „bei Privatpersonen um Unterstützung“ versprechen.³⁷⁹ Es konnten also auf der Basis antiquierter Gesetze nicht nur Bettler im herkömmlichen Sinn in Haft genommen werden, sondern auch weitere Personenkreise, darunter

Arbeitslose, wenn sie keinen Unterstützungsausweis ihrer Heimatgemeinde vorweisen konnten. Sie waren zum Arbeitseinsatz zu nötigen und erhielten für ihre Tätigkeit kein entsprechendes oder reguläres Arbeitsentgelt; gleiches galt für als „Arbeitsscheue“ bezeichnete, ferner umherziehende Musikanten, Hausierer und unbefugte „Agenten“ (Vertreter auf eigene Rechnung). Entscheidend war, dass es sich um einkommensschwache, nicht-heimatberechtigte Personen handelte bzw. die in Frage kommenden Personen ein bestimmtes Verhalten aufwiesen. Laut vorgelegtem Bericht waren von den im Mai 1936 insgesamt registrierten 738 Lagerhäftlingen rund ein Drittel, und zwar 247 Personen nicht beim Bettel aufgegriffen worden, sondern „vom Bürgermeister wegen ihrer Arbeitsscheue und wegen ihres sonstigen Ärgernis erregenden Verhaltens in der Gemeinde“ inhaftiert worden.³⁸⁰

Einer jener, die im Bettlerlager inhaftiert waren, Johann Lanzersdorfer aus Vöcklabruck, wurde 1897 geboren. Lanzersdorfer besuchte die Volksschule, war ab 1910 Hilfsarbeiter, in Linz eingerückt, ab 1919 arbeitete er in Kaufing bei Schwanenstadt, in Gmunden in einem Steinbruch und als landwirtschaftlicher Forstarbeiter. 1930 bis 1938 war er arbeitslos und ausgesteuert. Er lebte vom Betteln, zog im Land Oberösterreich umher. Wegen Bettelns wurde er in der Zeit des „Ständestaats“ mehrfach verhaftet: „Nach Linz hast kommen müssen, da hat man am ehesten eine Chance auf an Verdienst ghabt. Aber ohne Geld [...] und wennst erwischt worden bist ohne Ausweis [gemeint war der Unterstützungsausweis, MJ], bist eingesperrt worden.“ Lanzersdorfer kehrte nach Kaufing zurück, war ausgesteuert und auf die Fürsorge angewiesen. Nach seiner Erinnerung wurde er von der Gemeinde aufgefordert, das Mädchen, mit dem er zusammen lebte, wegzuschicken. Als er sich weigerte, wurde er verhaftet und ins Bettlerlager gebracht. Er war sechs Wochen im schwer bewachten Bettlerlager Schlögen interniert. Nach seiner Entlassung scheiterte er daran, Arbeit und Wohnung zu erhalten, nach Lanzersdorfers Ansicht deswegen, weil er ein ortsbekannter Kommunist gewesen sei und sich schon 1932 beim sogenannten „Hungermarsch“ der Kommunisten beteiligt hatte.³⁸¹

Die Lebensverhältnisse waren für Landarbeiter oder das ländliche Gesinde in vielen Fällen auf niedrigstem Niveau und mit merkbaren Erniedrigungen und Demütigungen verbunden. Selbst der „Ständestaat“-konforme christliche Landarbeiterbund in Oberösterreich verlangte 1937 eine „Zuständereform [...] für jene Gebiete und jene Häuser, wo dem Dienstnehmer die menschliche Würde fast versagt ist.“³⁸² In der Zeitschrift des oberösterreichischen Landarbeiterbundes ging man dann ins Detail: „Uns sind die Verhältnisse nicht unbekannt. Da liegt uns ein Brief vor, aus einer Gegend, die nicht die ärmste im Lande ist, wo der Schreiber – der keineswegs Landarbeiter ist, sich aber von den Zuständen überzeugt hat – die dortigen elenden Verhältnisse der Landarbeiter schildert [...] Es komme bei gewissen Bauern vor, dass die Dienstnehmer nicht mehr in die Wohnstube dürfen, minderwertiges Essen vorgesetzt erhalten, nasse Kleidung nicht mehr beim Ofen trocknen dürfen, selbst zu Weihnachten sei die Behandlung nicht einmal etwas weihnachtlich, die lässigen Feiertage (Bauernfeiertage) werden abzubringen gesucht, ohne dafür Urlaub zu gewähren, die Schlafkammern der Dienstnehmer seien total verschmutzt, während die Wohnräume der Dienstgeber Parkettboden tragen,

Bettwäsche wird gleich ein Jahr nicht gewechselt, sodass Skabies wie andere Krankheiten leicht entstehen.“ Landarbeiter, die mit derartigen Lebensverhältnissen konfrontiert seien, „sind auf die Bauernschaft äußerst schlecht zu sprechen [...] huldigen klassenkämpferischen Grundsätzen und haben für Religion nichts oder nicht viel übrig.“³⁸³

Insgesamt handelte es sich um tausende Menschen, in der Hauptsache arbeitslose Männer aus dem ländlichen Raum, die infolge der Wirtschaftslage und des Verhaltens der Arbeitgeber und der Obrigkeit an sich zu migrantischem Verhalten genötigt waren, gleichzeitig aber mit Mobilitätsverboten konfrontiert wurden. Wohl im Kontext mit ihrer Lebenslage neigten sie mitunter zur politischen Radikalität, wo immer sie sich dann auch befanden. Zweifelsohne gab es eine Reihe von Landarbeitern oder Knechten, die mit den Kommunisten sympathisierten. Viele wurden allerdings von der nationalsozialistischen Propaganda angezogen, wie bereits ausgeführt wurde.³⁸⁴

Als für die unterbäuerlichen Schichten 1938 infolge der nationalsozialistischen Aufrüstungs- und Investitionspolitik die Arbeitslosigkeit beseitigt wurde, setzte sich die Begeisterung nach dem „Anschluss“ fort. Norbert Ortmayr zitiert in seiner Arbeit über Knechte einen 1909 als lediges Kind einer Bauernmagd im Salzkammergut geborenen Landarbeiter: „Der Hitler is kema, wia a Hergot für die kloan Leit [Der Hitler ist gekommen, wie ein Herrgott für die kleinen Leute].“³⁸⁵ Die Lebenssituation änderte sich für den Mann entscheidend, „wie d'Nazi einmarschiert hand, en achtunddreißiger Jahr, dort bin ich wegkema von de Bauern, joa, dort hoats oaft gleich Oarbeit gebn, da haun i sofort an Oarbeit kriagt [...] von dort weg hauma uns erst woas kafn kina, daß ma a wenig einrichtn haum kina – wia da Hitler kema is, doa is uns oiweul was bliebn, doa hauma a en Lohn net braucht zan Essen [wie die Nazis einmarschiert sind, im achtunddreißiger Jahr, dort bin ich weggekommen von den Bauern, ja, dort hat es oft gleich Arbeit gegeben, da habe ich sofort Arbeit bekommen [...] von dort weg konnten wir uns etwas kaufen, dass wir uns etwas einrichten konnten – wie der Hitler gekommen ist, da ist uns immer etwas geblieben, da brauchten wir den Lohn nicht zum Essen].“³⁸⁶ Lohnfreies Arbeiten für die Unterbringung und das Essen, wie es bis 1938 im Winter häufig vorkam, nannten die Knechte „Ums Fressen oarweitn [Ums Fressen arbeiten]“. Für die Dienstbotengeneration, die vor dem Ersten Weltkrieg geboren wurde, eine Generation, die letztlich häufig in die Städte zuwanderte, war die nationalsozialistische Machtergreifung eine nachhaltige Zäsur.³⁸⁷ Viele Betroffene, Landarbeiter wie ländliches Gesinde, erlebten in den NS-Jahren in Hinblick auf ihre Lebenslage einen einschneidenden Politikwechsel. Das Bettlerlager in Schlögen wurde aufgelöst, die Insassen in den regulären Arbeitsmarkt eingeführt. Tausende im ländlichen Raum lebende Einwohner wurden für die Industrie in Linz oder Steyr angeworben bzw. erhielten relativ rasch Arbeitsplätze.³⁸⁸



Das „rote Linz“: Die Landeshauptstadt wurde von 1919 bis 1934 von sozialdemokratischen Bürgermeistern und einer sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit regiert. Nach dem Muster der Gemeinde Wien wurde eine soziale Wohnungs- und Kommunalpolitik versucht. Im Bild oben die 1921/22 errichteten Wohnbauten an der Wimhölzelstraße; unten: genossenschaftlicher Wohnbau in der Gruberstraße.



Die Damenband „Maxime Girl's“ trat im Kolosseum am Hessenplatz auf. In der Kaiserzeit wäre dieses Bild unvorstellbar gewesen.



Linz wurde bunter: Hans Wunders künstlerische Perzeption der Kreuzung Landstraße/Mozartstraße, 1930.

gl. 2641/21

(Stempel- und gebührenfrei nach § 13 der V.-M. vom 20. August 1920, St.-G.-Bl. Nr. 397.)

hat laut Dekretes des österr. Bundesministeriums f. Inneres
 • Ministerial vom *18. 8. 21* *22941* durch Optant
 • Grund des Staatsvertrages mit *St. German* die ~~öster~~
 Staatsbürgerschaft erworben. *fu. z. 35328*

Therese Klement
 Vor- und Zuname.

4. 12. 1917 **LINZ** *2. 9. 1921*

Optionserklärung nach § 2.

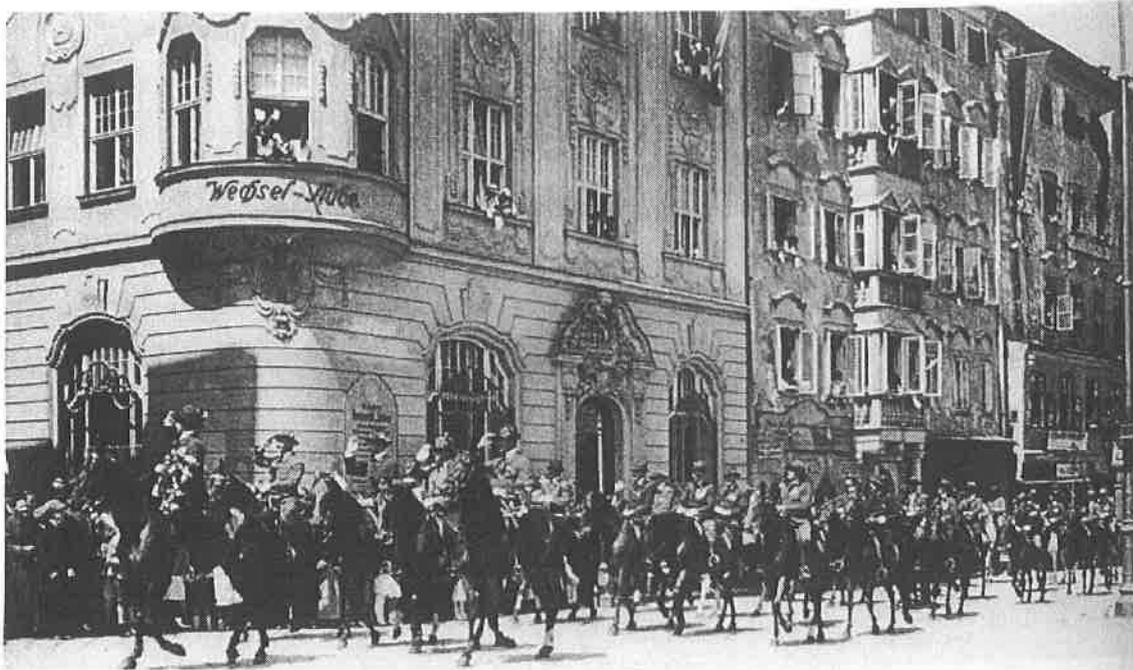
An 21. 3. 1922, abgemeldet in...
sofin *in den* *Polizeidirektion Linz*
 (Meldungsamt)
 2. 2. NOV. 1933

Magistrat der Landeshauptstadt Linz, Abtlg. I

Für (Vor- und Zuname) *Therese Klement*
 geboren laut Tauf(Schein) Nr. *3194* am *6. August 1884*
 in *Friedrichsdorf*, pol. Bezirk *Deutschbrod*, Land *Böhmen*
 Stand *ledig*, Beschäftigung, Beruf, Charakter *Hausgehilfin*
 wohnhaft laut Btg. Nr. *Meldetitel* in *Linz*, *Baumbach* - Straße Nr. *9*
 erkläre ich hienitz selbst — ~~als gesetzlicher Vertreter~~ — laut Btg. Nr. ~~.....~~ *gegen* ~~.....~~
 daß der Genannte im Sinne des § 2 der V.-M. der Staatsregierung vom 20. August 1920, St.-G.-Bl.
 Nr. 397, der Republik Oesterreich als treuer Staatsbürger angehören und durch diese Optionserklärung die
 österreichische Staatsbürgerschaft erwerben will.

1. Laut Btg. Nr. *45* ist der Optionswerber seit *6. VIII. 1884* (vom 28. Februar 1919)
 in *Friedrichsdorf*, Bezirk *Deutschbrod*, Land *Böhmen*
 somit außerhalb Deutschösterreich, auf dem Boden der ehemaligen österr.-ungar. Monarchie, heimatberechtigt
 und im dortigen Gebiete durch seine arische Rasse und deutsche Sprache (Btg. Nr. ~~.....~~)
~~.....~~, amtliche Bestätigung nach Rasse und Sprache von der Mehrheit der dortigen Bevölkerung
 verschieden und gehört zur deutschen Mehrheit der Bevölkerung in Oesterreich.

Staatsangehörige der Habsburgermonarchie konnten für die neue Republik Österreich optieren, sofern sie „aufgrund der arischen Rasse und deutschen Sprache“ zur „deutschen Mehrheit in Österreich“ gehörten. Die Zuwanderin Therese Klement aus Böhmen erhielt 1921 die österreichische Staatsbürgerschaft. Tatsächlich wurden in Linz in den frühen 1920er Jahren aber auch Optanten aus „rassischen“ Gründen abgelehnt.



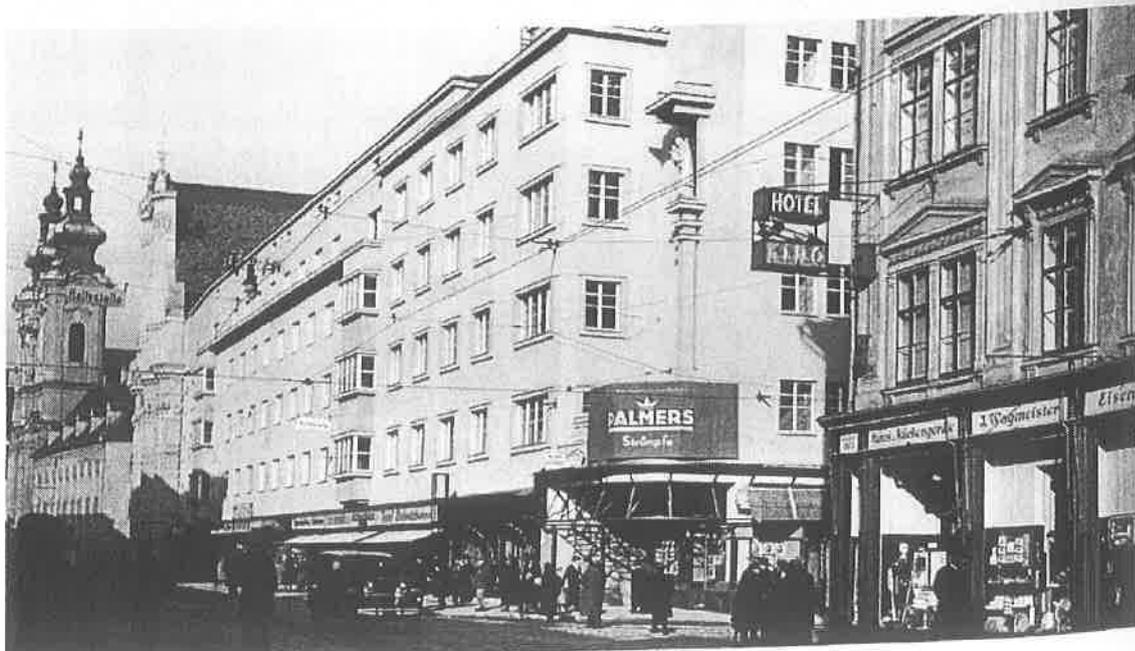
Linz blieb ungeachtet der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit über die 1920er Jahre ein Zentrum deutschnationaler Agitation. Das Deutsche Bundesturnfest fand im Juli 1922 in Linz statt, mit Gästen aus Österreich, dem Deutschen Reich, aus Böhmen, Mähren, der Slowakei, Südtirol und dem Elsass.



Unterstützt von Carl Beurle wurde der Anschließturm der Maximilianischen Befestigungsanlage an der Donau während der Ersten Weltkriegs von Burschenschaftern angekauft, 1932 wurde er nach Umbau eingeweiht und mit der Inschrift „Ein Volk, Ein Reich“ versehen. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise erlebte großdeutsches Gedankengut ebenso wie der Anschlussgedanke an das Deutsche Reich einen erneuten Aufschwung.



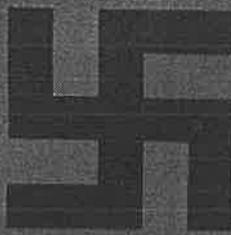
Linz wurde auch ein wenig internationaler: französische Rallyefahrer, ägyptische Schuhputzer, im Bild asiatische Kleinwarenhändler – wie hier 1930 am Urfahrner Jahrmarkt.



Linz hatte sich über die 1920er und 1930er Jahre unzweifelhaft modernisiert.

N. S. D. A. P. (Hitlerbewegung) Stadtparteileitung Linz, Zummelplatz 6, Telefon 7274

Linzer u. Linzerinnen! Volksgenossen!



**Das Weihnachtsfest
steht vor der Tür!**



Gute Geschenke sind durch die Wirtschaftskrise der verfallenden Parteien (wichtig und nötig geworden. Wohl ist es auch noch diese letzten Groschen jener Klasse in den Händen werben, die durch ihre Bekehrter Christen, Kottschalk u. Konraden auch bestritten haben?

**Volksgenossen!
Besorget eure Einkäufe
nur beim Volksgenossen,
dem bodenständigen,
arbeits-ehrlichen Kaufmann!**

Meidet jüdische Kaufhäuser

Einmal beim Juden, dadurch kommt eure Geld der Volkswirtschaft und letzten Endes selber auch abhand.



Ab 1931 begann ein Kesseltreiben der Linzer Nationalsozialisten gegen „jüdische“ Geschäfte.
Bild unten: Nationalsozialistischer Aufmarsch auf der Landstraße, 1933. Im Hintergrund rechts das Kaufhaus „Gewah“ unter der Leitung von Ernst Hartmann.



Wir laden zu einem

TEE-ABEND

aus Anlaß des JUD. MUTTERTAGES
(Lag-Baomer), am Sonntag, den 9. Mai 1937 ein.

Frau Sofie Löwenherz, Präsidentin der österreichischen Wizo holt bei dieser Gelegenheit den versprochenen Vortrag nach.

Außerdem kommen musikalische und literarische Darbietungen zur Aufführung.

Beginn präzise 20 Uhr.
Hotel Scharmüller.

Kein Entrée
Tee komplett S 1.50 pro Person.

Arbeitsausschuß
der »Wizo« Ortsgruppe Linz.

Die Women's International Zionist Organization (WIZO), Ortsgruppe Linz, bat zum Tee. Die Vereinsmitglieder waren bürgerlich, jüdisch und sozial motiviert. Sie setzten sich für die Gleichberechtigung ein, die Ortsgruppe Linz galt als besonders aktiv



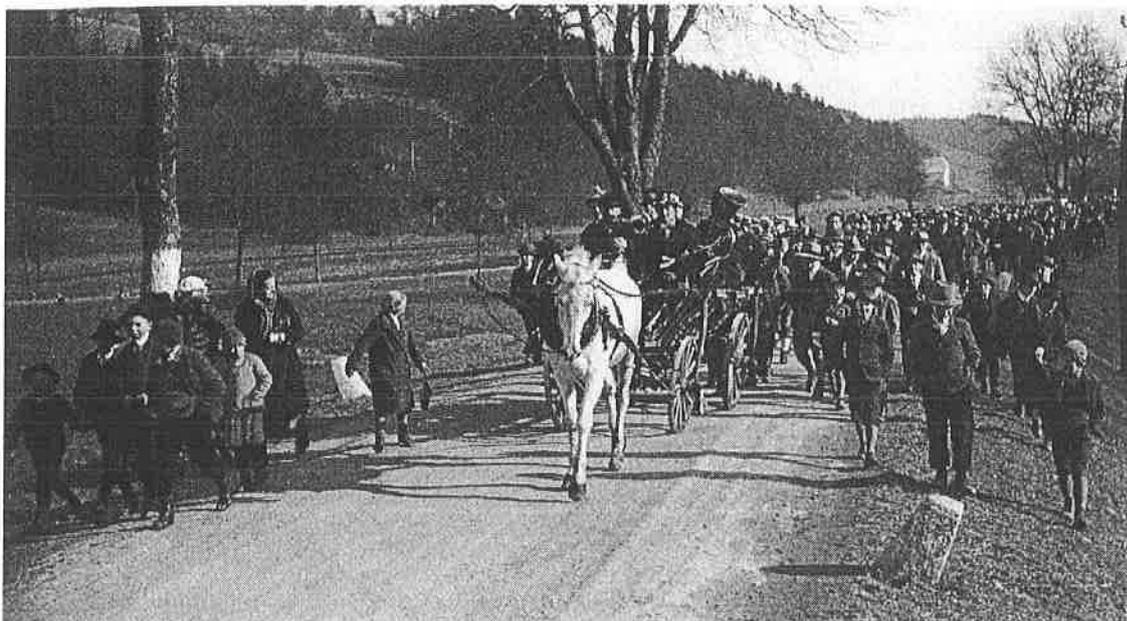
*Benedikt Schwager (1863–1937) und Karl Schwager (1895–1980):
Vater und Sohn waren während der Zwischenkriegszeit Präsidenten
der Israelitischen Kultusgemeinde Linz.*



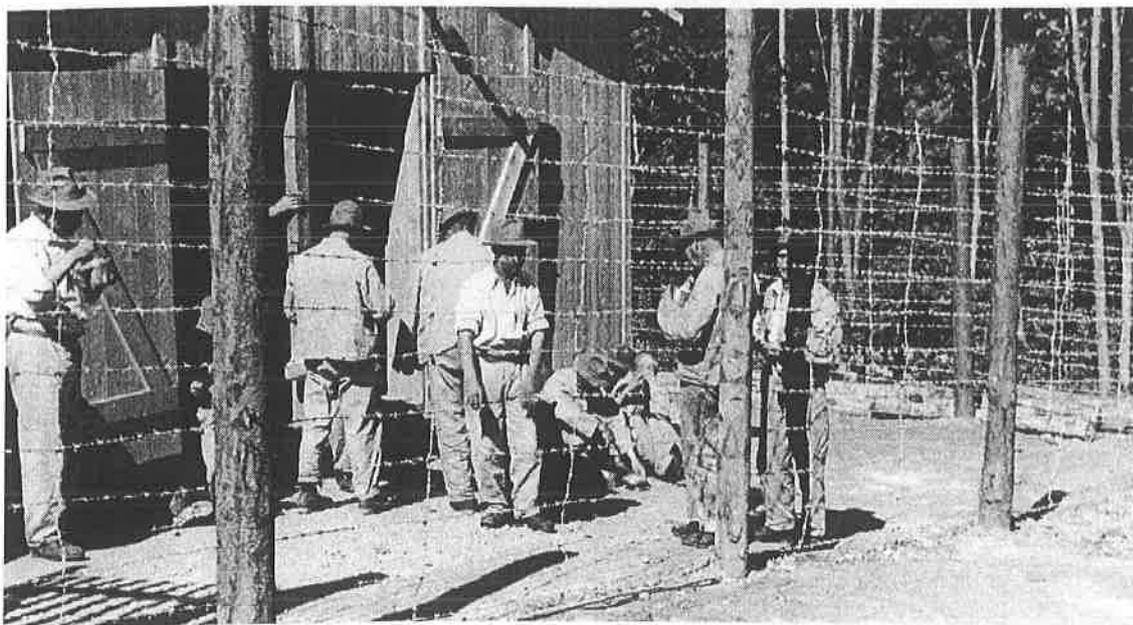
*Linz, Stadt der Gegensätze: Eine kleine jüdische Gemeinde stand in den 1930er Jahren den
immer stärker werdenden Nationalsozialisten gegenüber, aber auch einer großen Zahl von Ein-
wohnern, die von katholischen und ländlichen Traditionen geprägt waren. Im Bild „Goldhauben-
frauen“, 1935.*



Viele Zuwanderer aus dem ländlichen Raum wollten ihre Traditionen in Linz fortführen, sie versuchten dabei Netzwerke zu bilden. Organisiert wurden diese Zusammenschlüsse von Vereinen, wie etwa den „Holzknecht“ Linz-Urfahr: hier eine Aufnahmeurkunde von 1922.



Faschingsumzug im Mühlviertel: Eine starke regionale Zuwanderung aus dem ländlichen Raum prägte auch in der Zwischenkriegszeit die oberösterreichischen Städte. Viele Einwohner der Region waren mit Armut und sozialer Not konfrontiert.



1935 wurde in Schlögen ein Bettlerlager errichtet. Bettelmusikanten, Landstreicher, Arme, die bei Privatpersonen um Unterstützung ansuchten, waren „unnachichtig [...] der polizeilichen Behandlung zuzuführen“. Im Herbst 1935 wurden bei einer einzigen Streifung in Linz 478 Personen aufgegriffen.



„Alles dreht sich ums Auto!“. Scherz-Aufnahme aus dem Umfeld der Familie Wampl. Der Vater hatte eine Anstellung als Chauffeur in Linz erhalten, ein begehrter Arbeitsplatz.



1930er Jahre - den sozialen Aufstieg geschafft: Gertrude Wampl (unten rechts) mit ihrer Familie. Herr Wampl war als uneheliches Kind in Wolfsegg geboren worden. Er fand eine Anstellung in der Direktion eines damals wichtigen Betriebs in Linz.

NATIONALSOZIALISMUS

Verfolgung und Ausgrenzung der Juden, Roma und Sinti

Mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 war ein Paradigmenwechsel verbunden: Menschen, die nach spezifischen Bestimmungen als „Juden“ definiert wurden, in weiterer Folge auch sogenannte „Zigeuner“, wurden zum Gegenstand drastischer Verfolgungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen. Es ging dabei um die Ausgrenzung als „fremdrassig“ und „fremd“ definierter Menschen, die zuerst in Richtung einer mit Gewaltmitteln betriebenen Abwanderung und Vertreibung, schließlich in weiterer Folge bis hin zur Liquidierung und Massentötung betrieben werden sollte. 1938/39 wurden mehr als 120.000 Juden aus Österreich vertrieben, tausende Menschen aus Minderheiten oder in politischer Opposition flüchteten in die Tschechoslowakei, die Schweiz, nach Frankreich, Großbritannien oder nach Übersee. Unter dem nationalsozialistischen Regime verschwand die jüdische Bevölkerung aus Österreich – vertrieben, deportiert oder ermordet – und mit ihr viele Roma und Sinti. Vom Typus her handelt es sich bei den beiden Gruppen in erster Linie um Zuwanderungsminderheiten. An ihrer Erniedrigung, Vertreibung und Beraubung („Arisierung“ des Vermögens, von Wohnungen) hatten sich in Österreich hunderttausende „Einheimische“ beteiligt.

Die autochthonen Minderheiten in ganz Österreich gerieten damals ebenfalls unter Existenzdruck. Sie verloren durch Assimilation etwa die Hälfte ihrer Zahl. Bis 1938 waren Juden als gleichberechtigte Bürger des Staates Österreich geschützt. Im März 1938, als die Nationalsozialisten den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich durchführten, setzte die Verfolgung rasch ein. In weniger als zehn Jahren hatte sich ein gesellschaftliches Klima etabliert, das sich von einem zwar nicht konfliktfreien Zusammenleben, aber doch von einer grundsätzlichen Akzeptanz der jüdischen Bevölkerung hin zu einer Gesellschaft entwickelte, in der Juden als gleichberechtigte Staatsbürger nicht mehr anerkannt wurden. Die Vorgänge in Linz, die konkreten Ereignisse, die Maßnahmen und die lokale Politik gegenüber Juden und Jüdinnen sind in der wissenschaftlichen Literatur gut dokumentiert.³⁸⁹ Im Rahmen einer Gesamtdarstellung des 20. Jahrhunderts ist der Entwicklung während der Zeit des Nationalsozialismus breiter Raum zu geben, um dem Stellenwert der Ereignisse gerecht zu werden; es handelte sich um eine Phase, in der fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen, die vor und nach der NS-Herrschaft existierten, tatsächlich ausgelebt wurden, das heißt, in Form radikaler Ausgrenzung handlungsrelevant wurden.

Am 12. März 1938 nahmen Angehörige der SA prominente Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinde in Linz fest, brachten sie ins Gefängnis und transportierten sie nach Dachau. Gestapo und SA sowie nationalsozialistische Parteigänger fanden sich in den Geschäftsräumen der IKG ein und verbreiteten Angst in der Gemeinde. Drei Mitglieder der bekannten Unternehmerfamilie Spitz nahmen sich wie einige andere Linzer Juden in den ersten Tagen nach dem Einmarsch das Leben. Die Listen für Inhaftierungen ebenso

Michael John

Vom nationalen Hort zur postmodernen City

**Zur Migrations- und Identitätsgeschichte
der Stadt Linz im 20. und 21. Jahrhundert**

**Linz 2015
Archiv der Stadt Linz**

Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2014/2015

Umschlag: Pendlerinnen und Pendler verlassen Mitte der 1970er Jahre auf dem Weg zur Arbeit die Summerauer Bahn an der provisorischen VÖEST-Haltestelle.

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Wissenschaftliche Redaktion:

Maximilian Schimböck und Cornelia Daurer

Umschlaggestaltung:

Gertrude Plöchl

SBN 978-3-900388-62-1

Medieninhaber: Archiv der Stadt Linz, Hauptstraße 1–5, 4041 Linz

Hersteller: Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H., Linz

INHALT

Vorwort des Bürgermeisters	9
Vorwort des Kulturreferenten	11
Einleitung	13
KAISERZEIT ⁽¹⁾	16
Um 1900 – Deutsche – Österreichische – Multiethnische Städte	16
Linz und Oberösterreich in der Spätgründerzeit.....	21
„Die deutsche Wacht an der Donau“	29
Nationalitätenkämpfe versus Multiethnizität – Krisen der Identität	36
Zur Konstruktion von Fremdheit	43
Übergangsjahre: Vom Kriegsausbruch bis 1920	48
ZWISCHENKRIEGSZEIT ⁽²⁾	71 ⁸⁸
Kontinuitäten – Diskontinuitäten: Die Zeit der Ersten Republik.....	71
Die städtische Bevölkerungsentwicklung 1920–1934	76
Wirtschaftskrise, „Judenfrage“ und Antisemitismus	81
Zwischenkriegsjahre: Vom Land in die Stadt – Mehr Frauen als Männer	87
Anti-Urbanität, Bettelmigration und „Landstreicherei“	99 + 17 =
NATIONALSOZIALISMUS ⁽³⁾	117 ^{116 + 17 =}
Verfolgung und Ausgrenzung der Juden, Roma und Sinti.....	117
Die „Führerstadt“ – Stadtwachstum und Stadtentwicklung.....	129
Ethnische Hierarchien, Zwangsarbeit und extreme Repression	139

133

NACHKRIEGSJAHRE, WIEDERAUFBAU UND WIRTSCHAFTSBOOM	158
Displaced Persons, „Volksdeutsche“ und Besatzungstruppen.....	158
Die Lager der jüdischen Displaced Persons in Linz	166
Separierte Lager für Juden	167
Parallelgesellschaften?	117
Jüdische DPs und DP-Lager in der Wahrnehmung.....	178
„Homogenisierung“ – die Jahre des „Wirtschaftswunders“ der 1950er und 1960er Jahre	181
Die Barackenlager – eine langfristige Erscheinung	181
Städtische Identität im Wiederaufbau – „bodenständig“ versus „fremd“.....	186
Die Dominanz der Pendelwanderung	191
„GASTARBEITER“, FAMILIENNACHZUG, NEUE MIGRATION	212
Die Zuwanderung der „Gastarbeiter“ – Zur transnationalen Arbeitsmigration der 1960er, 1970er und 1980er Jahre	212
Arbeitskräftemangel und Hebung des Lebensstandards in Österreich	212
Bürgermeister Hillinger und die Arbeitsmigration	219
Veränderungen im Gefolge der Wirtschaftskrise	222
Die „Gastarbeiterzeit“ in der Erinnerung.....	227
„Gastarbeiterzuwanderung“ und „Golden Kreiskys“	231
Differenzierte Erinnerungen	238
„Harte Zeiten“ – eine andere Erinnerungslandschaft	240
Der Fall des „Eisernen Vorhangs“: Vorgeschichte, Öffnung der Grenzen, Folgen	247
Krisen ab Mitte der achtziger Jahre	248
Nach dem „Fall des Eisernen Vorhangs“	250
Das Neustadtviertel – ein Stadtteil als Symbol	254
Unsicherheit und Aggressionen – Zur Beschaffenheit des städtischen Klimas	257
Das jugoslawische Drama und die Auswirkungen	262

Gesellschaftliche Spannungen: Migranten und Migrantinnen als Subjekte der Entwicklung.....	267
Von Keynes zu neoliberal, Verdrängung und Rotation neu	275
Linz 1989 bis 2001 – eine wechselvolle Entwicklung im Spiegel der Statistik	278
IM 21. JAHRHUNDERT – PLURALITÄT UND AMBIVALENZ (6)	300
Diversifizierung – Zuwanderung im beginnenden 21. Jahrhundert.....	300
Die regionale Zu- und Abwanderung im Raum Linz. Das Verhältnis Stadt – Land	308
Schulen – Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld	315
Integrationspolitik – Integrationsbeirat – Zusammenleben	319
Jüngste Geschichte und Gegenwart	327
Kontinuitäten und Brüche	336
EIN FALLBEISPIEL ALS EPILOG	349
Geboren in Prag. Der Hundertjährige, der Bücher verkaufte und zum Linzer wurde. Eine biographische Skizze voller Ortswechsel	349
Von dannen gehen	349
Salzburg – Am richtigen Ort zur richtigen Zeit	352
Unterwegs und auf sich allein gestellt	353
Dann ist ja plötzlich alles anders gewesen	354
Wieder in Linz – Das war jetzt eine neue Welt	357
Ein Fallbeispiel ist ein Fallbeispiel	359
Anmerkungen	364
Literaturverzeichnis	406
Bildnachweis	449
Abkürzungen und Siglen	451
Register	453

EINLEITUNG

Über weite Strecken des 20. Jahrhunderts bildeten regionale und überregionale Zuwanderer und Zuwanderinnen die Mehrheit der Linzer Stadtbevölkerung.¹ Dieser Band versucht einen Überblick über das Wanderungsgeschehen im 20. Jahrhundert sowie über den Umgang mit den aus der Zuwanderung entstandenen Minderheiten im Großraum Linz zu geben. Dabei stehen die zentralen Entwicklungen sowie selektive Details im Mittelpunkt, die als charakteristisch angesehen werden können. Makrogeschichte, Regional- und Lokalgeschichte sowie Mikrogeschichte(n) sollen dabei in einer bestimmten Balance eingerichtet werden, in der auch Selbstwahrnehmungen, „Erinnerung“ und „kollektives Gedächtnis“ ihren Platz finden.² Im Mittelpunkt der Arbeit stehen soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklungen und Prozesse. Die damit im Zusammenhang stehenden Personen werden sowohl als Untersuchungsgegenstand als auch als Subjekte dieser gesellschaftlichen Prozesse begriffen. Auch methodisch soll eine Balance zwischen statistischer und quantifizierender Erfassung, Aktendokumentation, Diskurs und Erinnerungszeugnissen hergestellt werden. Im Hinblick auf letztere werden sowohl schriftliche Zeugnisse jeder Art, in weiterer Folge Narrativinterviews, entweder mittels der „Oral History“ oder der „Video History“ - herangezogen. Die Auswahl der Interviewpartner und anderer qualitativer Zeugnisse erfolgte aus einem großen Pool. Kriterium war, charakteristische, bezeichnende Quellen heranzuziehen. Den Narrativinterviews kommt exemplarischer Charakter zu.³ Da der Linzer Raum im 20. Jahrhundert in sozial-, wirtschafts- und kulturhistorischer Hinsicht teilweise gut beforscht ist, kommen der Kompilation und Kombination von Inhalten – eben im speziell migrationshistorischen Kontext – eine wichtige Rolle zu.

Die Situation in der städtischen Agglomeration Linz an der Donau soll dabei im Wesentlichen einer chronologischen Struktur folgend dargestellt und zumindest teilweise in den Rahmen der gesamtösterreichischen Entwicklung eingeordnet werden. Die systematische Vergleichsebene ist an dieser Stelle nach wie vor als ein Desiderat der Forschung anzusehen. In diesem Band sollen über das gesamte 20. Jahrhundert bis ins 21. Jahrhundert hinein die wesentlichen Entwicklungen hinsichtlich der Quantität der Zuwanderungen in den Linzer Raum, die rechtlichen Rahmenbedingungen, die gesellschaftspolitische Dimension der zeitgenössischen Migrationspolitiken und -debatten abgebildet werden. Die thematische Darstellung folgt einem grobmaschigen Muster, keiner engen Systematik. Es geht letztlich auch darum, die gesellschaftliche Atmosphäre in der Stadt, in der Region hinsichtlich der Frage der Migration (und der Minderheiten) sichtbar zu machen, stadthistorische mit migrationshistorischen Aspekten zu verbinden. Über den gesamten Untersuchungszeitraum kann Linz – allein von der statistischen Dimension, aber auch in Hinblick auf andere Faktoren – als Zuwanderungsstadt bezeichnet werden. Was bedeutete dies für die städtischen Eigendefinitionen, für die Identität der Stadt und für die Identität der Zuwanderer und Zuwanderinnen?

Ebenso wie die gesamte Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Linz im genannten Zeitraum war auch die Migrationsgeschichte von starken Diskontinuitäten und Brüchen geprägt.⁴ Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten Vorstellungen von nationaler Identität die Bedeutung lokaler und regionaler Zugehörigkeiten überformt. Dennoch blieben städtische Verortungen weiterhin bedeutsam. Für diese Entwicklungen spezifischer städtischer Identitäten spielten im gesamten 20. Jahrhundert Migration und Strategien von Exklusion und Inklusion, Segregation, Assimilation und Integration eine wichtige Rolle.⁵ Linz wurde von 1900 bis 1919 von deutschnationalen, 1919 bis 1934 von sozialdemokratischen Bürgermeister*innen regiert. Von 1934 bis 1938 war während der „Ständestaat“-Diktatur ein der „Vaterländischen Front“ zugehöriger Bürgermeister im Amt, von 1938 bis 1945 amtierten Bürgermeister und Oberbürgermeister der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Seit 1945 bis zur Gegenwart standen der Stadt wiederum sozialdemokratische Bürgermeister*innen vor. Durch die enge Verwobenheit der Landeshauptstadt mit dem Umland, die starke Prägung durch die ländliche Zuwanderung und dadurch, dass Linz Sitz der Landesregierung war und ist, wurde jedoch über Jahrzehnte auch ein starker Einfluss konservativer Politik und Wirtschaftskreise auf das gesellschaftliche Klima der Stadt spürbar.

Anpassung an die Großstadt war für die großteils ländlichen und auch zu einem gewissen Prozentsatz aus entfernten Gebieten der Monarchie stammenden Zuwanderer ein komplizierter Prozess, der behutsam oder weniger behutsam in unterschiedlichen Formen – Akkulturation, Partizipation, Integration, Assimilation – gestaltet werden konnte. Zu jedem dieser Begriffe gibt es Typologien, die den spezifischen Verlauf der Vorgänge beschreiben. Es handelt sich um komplexe Prozesse, die auch die Frage nach der „Heterogenität der Zuwanderung“ tangierten und keineswegs ungebrochen und geradlinig, auch nicht ohne Wertekonflikte, Interaktionen und Rückkopplungseffekte abliefen. „Die Migranten tragen ihre ungeschriebene Geschichte mit sich, und haben zugleich neue Formen der sozialen Organisation zu erlernen“, formulierte Wolfgang Maderthaner in Hinblick auf die Migration in der Kaiserzeit.⁶ Von besonderem Interesse sind neben den „fremden“ Migranten, die aus einem anderen Kulturkreis oder aus weiter entfernten Destinationen stammen, im Fall der Stadt Linz besonders auch die aus den ländlichen Regionen Oberösterreichs und Südböhmens stammenden Zuwanderer. Diese grundsätzliche Formulierung Maderthaners gilt für die Vergangenheit ebenso wie für die Gegenwart. In dieser Arbeit soll versucht werden, den angesprochenen Adaptionsprozess aus verschiedenen Perspektiven darzustellen und in diesem Zusammenhang auch die Lebensrealität von Zuwanderern und Zuwanderinnen exemplarisch abzubilden. Forschung wird hier als Prozess definiert, die vorliegende Arbeit ist als Überblick mit detaillierten Einlassungen qualitativer Art zu verstehen, die durchaus nachfolgende Forschungen stimulieren sollte.⁷ Ein weiterer Forschungsbedarf, insbesondere hinsichtlich der neueren Zeit-, Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte, ist jedenfalls gegeben. Gesellschaftlich und demographisch wird in absehbarer Zeit das Thema kaum an Relevanz verlieren. Methodisch ist die Arbeit von einem Methodenmix geprägt: Unter anderem werden quantitative, qualitative Verfahren, Akten, Statistiken, Zeitungsberichte, lebens-

geschichtliche Zeugnisse und Bildquellen gleichermaßen verwendet, um zu Ergebnissen zu gelangen. Von einzelnen Exkursen abgesehen, wird in der Regel eine chronologische Abfolge eingehalten.

Die vorliegende, mit Facetten und Details angereicherte Arbeit besteht aus einer Mischung sozial- und wirtschaftshistorischer sowie kulturwissenschaftlicher Momente, die ausgiebige Bebilderung ist überdies nicht nur als Illustration eines Textes zu verstehen, sondern bringt auch inhaltliche Qualitäten in das Buch ein, die Abbildungen sind auch Quellen. Dies zu Wege zu bringen erforderte langwierige und nachhaltige Unternehmungen, die ohne Hilfe und Unterstützung nicht zu bewältigen gewesen wären. Dem Archiv der Stadt Linz ist als Herausgeber für die Langmut und Freundlichkeit, die mir entgegengebracht wurden, besonders zu danken, ebenso für das Lektorat und die Bildredaktion. Viele Tipps, Hinweise und Hilfestellungen ergänzten die Unterstützung von dieser Seite. Das Buch hätte auch nicht ohne jene nahezu 40 Interviewpartner und -partnerinnen geschrieben werden können, die sich für narrativ angelegte Befragungen zur Verfügung stellten. Nahezu ebenso viele Personen haben Material zur Verfügung gestellt in Form von schriftlichen Selbstzeugnissen, Dokumenten und visuellem Material. Es waren Migranten und Migrantinnen aus nah und fern, die mich in dieser Form unterstützt haben, aber auch „Einheimische“, wobei hier die Übergänge fließend waren. In diesem Zusammenhang sind auch eine Reihe von Vereinen und andere Organisationen anzuführen. Nicht das gesamte in diesem Zusammenhang gesammelte Material konnte aus Gründen, die mit dem vorgegebenen Umfang der Arbeit zu tun haben, verwendet werden, wofür ich um Nachsicht bitte. Unterstützung kam mir auch von institutioneller Seite zuteil, von Archiven, Sammlungen, Instituten, nicht zuletzt vom Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Johannes Kepler Universität Linz, in dessen Rahmen der Verfasser forscht und lehrt. Schließlich waren es auch viele Kolleginnen und Kollegen, die Hinweise gaben, Gedankengänge teilten, Diskussionen führten. All dies hat zum vorliegenden Ergebnis beigetragen. Auf eine namentliche Nennung wurde diesmal verzichtet, zu groß wäre das Risiko unvollständig zu bleiben – Ihnen/Euch allen herzlichen Dank.